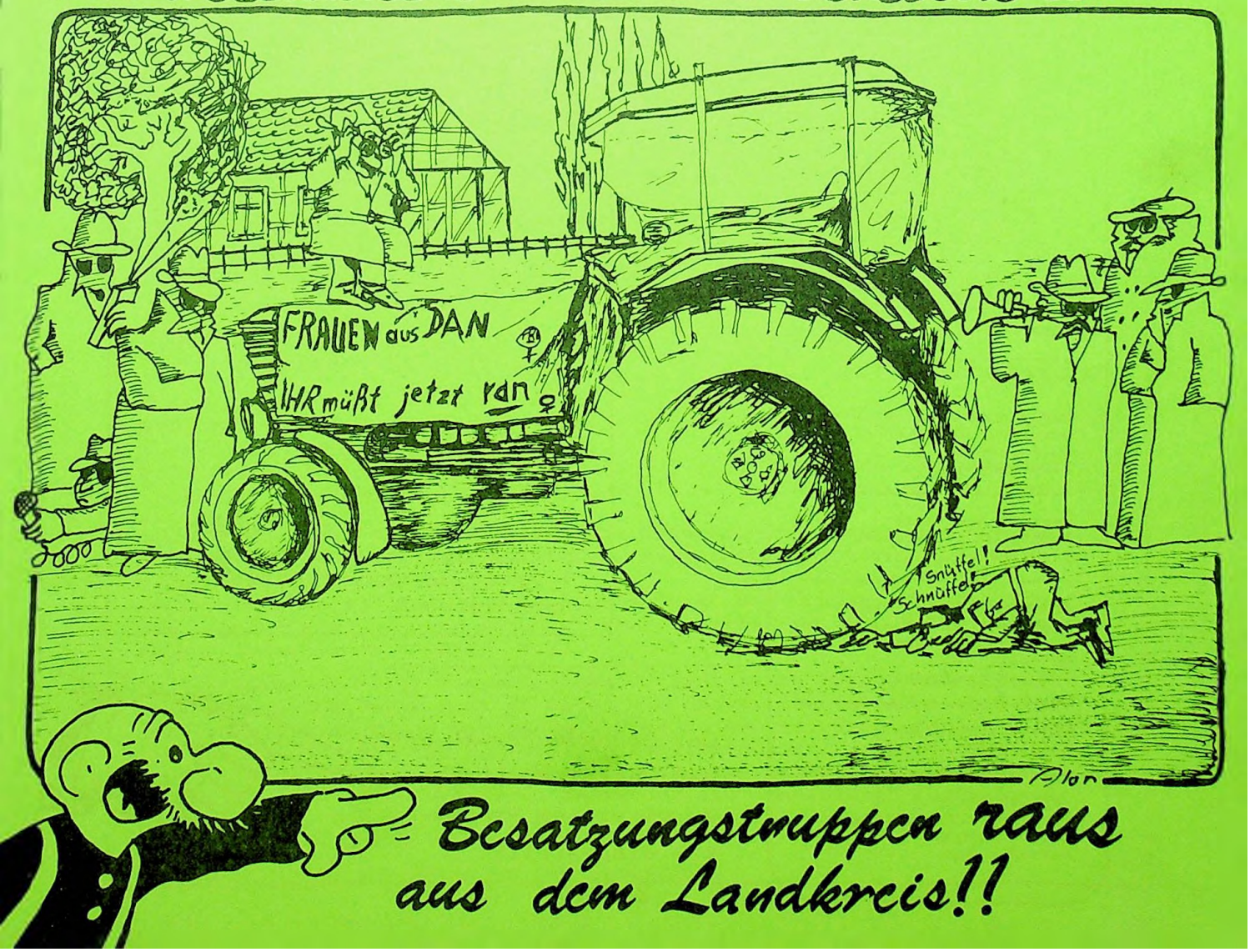
1.- DM

GORLEBEN AKTUELL

Nr. 8

AG. WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE LÜNEBURG JUN. 79



Besatzungstruppen raus aus dem Landkreis!!

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

...sche Atom gegnerin von Polizei erschossen

Einige hundert Demonstranten - so meldet es die französische Agentur AFP - waren am Sonntag dem Aufruf der baskischen Atomgegner gefolgt und waren im Rahmen der ersten internationalen Aktionstage gegen Atomernergie zu einer Ma. festation in das Städtchen Tuleda gekommen. Kurz vor Ende der Demo soll dann Polizei aufgetaucht sein, die von Demonstranten mit Seinen beworfen worden se soll. Die Polizei setzte Tränengas und Rauchbomben ein und schoß mit den berüchtigten Hartgummikugeln. Bei diesen Auseinandersetzungen soll dann ein Mitglied der paramilitärischen Guarda Civil "unachtsam mit seiner Maschinenpistole umgegangen sein". Nach der für uns reichlich zweifelhaften Version traf ein einziger Schuß die 24-jährige Ladi del Estan Terreno, die in Venuzuela geboren wurde und in San Sebastian lebte, genau in den Kopf.
Sie ist nicht die erste, die im Kampf gegen die Atomenergie und für das Leben mit ihrem eigenen Leben bezahlen mußte. Ende Juli 1977 wurde in Malville ein französischer Lehrer durch eine Offensivgranate der französichen Polizei CRS umgebracht.

Für uns war es erschreckend zu sehen wie wenig dieser Todesschuß an der spanischen Atomgegnerin beachtet wurde.
Nach der Ermordung des franz ösichen Atomgegners Vital Michalon brachten in der ganzen BRD und teilweise im europäischen Ausland die Atomgegner ihre Wut, Empörung u. Trauer zum Ausdruck. Es wurden Trauermärsche u. Demonstrationen durchgeführt die auch einer breiteren Öffentlichkeit zeigte, mit welchen Mitteln hier die Atomindurstrie versucht ihre Interessen durchzusetzen.
Wir meinen, das es wichtig ist, auch in Zukunft diese Art von Ausschreitung seitens der Polizei anzuprangern u. zu verurteilen. Dies macht auch nicht halt vor Landesgrenzen. Atomkraftwerke werden weltweit betrieben u. gebaut, auch der Widerstand hiergegen ist weltweit.
Welche Gedanken sich unser Ministerpräsident Albrecht zum Schießbefehl auf Demonstranten erlaubt, siehe Seite 20.

Impressum

GORLEBEN AKTUELL Nr. 8
Juni 1979

Presserechtlich verantwortlich: Teja Lechel,
Am Stintmarkt 5,
212o Lüneburg

Bestellungen bei:
Marion Hinz, Kirchweg 6,
3119 Eitzen I

Konto nr. 2848o, Stadtsparkasse Lüneburg,
Teja Lechel/ Gorleben Aktuell,
Spenden erwünscht

Telefonverbindung:
o4131/4529o, Matthias

Herausgeber:
AG Wiederaufarbeitungsanlage Lüneburg
Auflage: 3ooo

Termine

Lüneburg:

AG Wiederaufarbeitungsanlage, Donnerstag 2o.oo Uhr, Gaststätte „Caleidoskop", Am Springingut

BI gegen Atomenergie, Montag 2o.oo Uhr, AKJZ-Keller, Katzenstraße

BI Umweltschutz e.V., Freitag 2o.oo Uhr, Gaststätte „Zum Roten Tor"

Zweites Treffen zur Verhinderung der Tiefbohrungen 7.7. 13.oo Uhr, Trebeler Bauernstuben

Der Grohnde-Prozeß gegen Matthias, Lbg.,wurde am ersten Prozeßtag eingestellt!

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

NACH DER GRUNDSATZENTSCHEIDUNG DER LANDESREGIERUNG:

Keine Ruhe im Landkreis!

1. Am 16. 5. bescheinigte Ernst Albrecht in seiner Regierungserklärung die "sicherheitstechnische Realisierbarkeit" des nuklearen Sorgenkonzepts. "Sorgfältige Untersuchungen"der Landesregierung hätten ergeben:

- die Endlagerung radioaktiver Abfälle bedeute auch für künftige Generationen "kein Risiko"
- die höchstzulässigen Abgabemenge an Radioaktivität werde durch eine WAA "wesentlich unterschritten"
- "Störfälle innerhalb der WAA sind beherrschbar"
- das Risiko der in der Anlage beschäftigten Arbeiter sei "erheblich geringer als das Berufsrisiko der Kraftfahrer, Binnen- und Hochseefischer".

Dennoch erklärte Albrecht, vorläufig auf den Bau der WAA aus politischen Gründen verzichten zu können, und die SPD stimmte aus sicherheitstechnischen Gründen zu. Beide Parteien waren sich darin einig, daß ein eindeutiges Ja zum Entsorgungskonzept "schwere innenpolitische Erschütterungen, wenn nicht gar eine innenpolitische Spaltung"(Ravens) und die "tiefgreifende Zerstörung des inneren Friedens" sowie "Bürgerkrieg" (Albrecht) mit sich bringen könnte.
Wenn auch diese Entscheidung den Fahrplan der DWK noch nicht durcheinanderbringt (S. S. 9), so zeigen diese Formulierungen doch, daß alle Versuche Albrechts gescheitert sind, mithilfe der "Bürgerdialog"-Strategie den Protest gering zu halten.
Die nun eingeleitete "Denkpause" in Punkto Wiederaufarbeitung soll
a) den Widerstand in den Reihen der SPD und FDP auf Eis legen und
b) im Landkreis Lüchow-Dannenberg die "politische Ruhe" wiederherstellen, die nötig ist, um die Tiefbohrungen als den nächsten Schritt im Entsorgungskonzept über die Bühne zu bringen.

2. Die Situation im Landkreis ist 4 Wochen nach der Grundsatzentscheidung der Landesregierung gespannter als je zuvor.
Von den Massenmedien völlig unbeachtet wird der Dauereinsatz der Staatsmacht im Landkreis erheblich verschärft.
Überall tauchen BGS und Polizei auf — sei es in den einzelnen Dörfern, wo Autonummern notiert und Besucher vermerkt werden, oder bei der Feldarbeit, wenn Bauern nach Ausweisen kontrolliert werden, gefilmt werden usw. Die aktiven Träger des Widerstandes sind Dauerobservationen ausgesetzt; Provokationen der Polizei gegen das Pachtgelände der HI nehmen zu (s. Platzbericht, S.5).
Die Vorfälle der letzten Woche können nicht als Entgleisungen einzelner Ordnungshüter interpretiert werden.
Sie sind Bestandteil in der Doppelstrategie, mit der die Landesregierung ihre Pläne durchzusetzen gedenkt:
einerseits "vernünftige" Angebote an die gesprächs- und kompromißbereiten Teile der Bevölkerung ("Verzicht" auf WAA-"Sorgfältige" Prüfung des Salzstocks etc).
auf der anderen Seite psychologische Kriegsführung gegen die aktiven Kerne des Widerstandes mit dem Ziel, sie einzuschüchtern, sie mürbe zu machen und zu kriminalisieren.
Es ist nur bezeichnend, daß 24 Stunden nach der Grundsatzentscheidung der Landesregierung über den Bau einer Kaserne für 1500 Polizisten bei Lüchow entschieden wird.(s. S.7)

3. Es ist jetzt wichtig, die aktuellen Ereignisse in Lüchow-Dannenberg bekanntzumachen.Dabei geht es nicht nur darum, den tatsächlichen Kurs der Landesregierung an die große Glocke zu hängen. Noch wichtiger ist die Solidarität mit der betroffenen Bevölkerung.
Nach wie vor richten die Atomfans ihr Hauptau genmerk auf Gorleben. Nach wie vor suchen sie im dortigen Salzstock die "Endlösung" ihres Atommüllproblems. Dem müssen wir Rechnung tragen!
So aktuell wie nie zuvor gilt:

BESATZUNGSTRUPPEN - RAUS AUS DEM LANDKREIS!

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Wenn das kein

Täglicher Terror ...

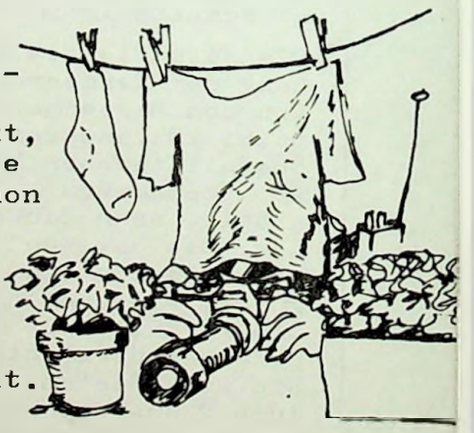
Als normal gilt, daß "verdächtige" PKWs der ansässigen Bevölkerung verfolgt und gestoppt werden. Ohne Erklärung werden die Papiere verlangt, die Ordnungshüter schreiben die Personalien ab und geben die Papiere wortlos zurück. (Augenzeugenbericht vom 9.6.)
Ebenso„normal" ist, daß alle Wagen mit Aufklebern von Zivilpolizei gezählt, bzw. alle Kennzeichen notiert werden. (Bericht 11.6. , siehe auch Leserbrief S.6)

Kompetenzüberschreitungen

Anfang Juni stoppten mehrere BGS-Fahrzeuge vor der Heimvolkshochschule Göhrde.
Die Besatzungen sprangen aus den Wagen, verteilten sich in Zweiergruppen auf dem Innenhof der VHS und notierten alle PKW-Kennzeichen. Ohne jede Befugnis wurde hier Privatgelände betreten. (Bericht vom 8.6.)
Um gegen den Willen des Gastwirtes alle Zimmer einer Lüchower Gaststätte mit Polizei belegen zu können, drohte der verantwortliche Beamte mit "übergesetzlichem Notstand". Der Wirt ließ sich nicht einschüchtern, sondern konnte sich beim Gaststättenverband über die Rechtslage informieren. (Bericht vom 8.6.)

"Die Spitze des Widerstands brechen..."

Die Aktivisten des Widerstandes im Landkreis scheinen einer Art Dauerüberwachung zu unterliegen, keiner bleibt unregistriert.
Eine aktive Bäuerin erlebte, daß in einem Bewässerungsgraben die grünen Männchen im 2-Meterabstand hockten. Während sie mit einer anderen BI-Aktivistin Rüben hackt, fahren betont langsam BGS-Wagen die Straße entlang, sie filmen mit Vidoekamera und belauschen mit Richtmikrophon ob und worüber sich die Frauen während der Arbeit unterhalten. (Bericht einer Betroffenen vom 9.6.)
Die Überwachungspraxis geht soweit, daß die Polizei Bescheid weiß, von welchem Bauernhaus aus das erste Telefonat für die Bauernblockade geführt wurde und welches BI-Mitglied kurz zuvor dieses Haus betreten hat. (Bericht von einer Polizeivernehmung)



Ein Teilnehmer des Treffens kritischer Wissenschaftler berichtet:

„Die Tagung kritischer Wissenschaftler fand am 26/27.5. in den Trebeler Bauernstuben statt. Während der Gespräche fuhren BGS Fahrzeuge im Abstand von wenigen Minuten am Tagungsort mit geringer Geschwindigkeit vorbei. Als wir zur Kühlung des Tagungsraumes die Türen offen ließen, baute sich in ca. 100 m Entfernung ein BGS-Fahrzeug auf, um mit einem Richtmikrophon (Reichweite ca. 300m) in Richtung Tagungsraum hineinzulauschen. Als wir auf sie zu kamen, um diese Praktiken zu unterbinden, verschwanden sie.
Als wir am Sonntag einige Bauernhöfe besichtigten, wurden prompt die Kennzeichen unserer PKWs gefilmt. Sogar das Innere unserer Autos wurde mit Videokamera aufgenommen."

Dieter, BI Lüchow-Dannenberg

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Atomstaat ist ...

PLATZBERICHT:

Bericht zur Situation auf dem Platz
durch die Anwesenheit der Polizei
und des BGS

Seit den letzten Pflanzungen im Herbst 78 war uns klar, daß zu einem "Platz", der ein Zeichen des Lebens sein soll, das Auto nur bedingt paßt. Deshalb hatten wir uns fest vorgenommen, den im Frühjahr 78 begonnenen Parkplatz in diesem Jahr so herzurichten, daß er alle motorisierten Besucher aufnehmen kann.Die auch leider von uns betriebene Unart, jedes Fleckchen des Platzes mit dem Auto erreichen zu wollen, sollte so unterbleiben.
Karfreitag 79 stellten wir nun fest, daß der Parkplatz zwar benutzbar war, aber nicht genutzt wurde. Die Wege des Platzes wurden ständig von Autos zum Spazierenfahren benutzt und auch als Parkplatz mißbraucht. Durch das schöne Wetter wurde die dadurch geschaffene Perversion erst richtig deutlich: Spaziergänger konnten die Wege nicht benutzen, da durch das ständige Hin- und Herfahren mit den Autos die Wege immer von einer riesigen Staubwolke umhüllt waren; teilweise fuhren die Autos auch so schnell und rücksichtslos, daß Fußgänger gezwungendermaßen in die frischen Pflanzungen springen mußten. Diesen Umstand wollten wir durch den Bau von Wegsperren ändern. Ostersonnabend waren rechts und links des Platzes Sperren errichtet worden, die die Möglichkeit offenhielten, Forst- und Feuerwehrfahrzeuge bei Bedarf ungehindert durchzulassen. Durch den Aufbau der Sperren fiel uns aber dann überdeutlich auf, wie oft am Tage Polizei- und BGS-Fahrzeuge unseren Platz umfuhren und dabei fi lmten und fotografierten. die Sperren wurden von den "Besatzern" teilweise aufgemacht und man umraste dann den Platz, manche Besatzungen schlossen allerdings hinter sich die Sperren auch wieder ordnungsgemäß. Wir haben uns dann innerhalb der Platzgruppe dahingehend geeinigt, daß wir die Polizeikräfte darauf aufmwerksam machen, warum wir die Sperren errichtet haben und daß wir ihre Anwesenheit auf dem Platz, da er Privat gelände ist, für unerwünscht halten. Da der erste Beamte, den wir ansprachen, uns im ziemlich rüden Ton antwortete und auf unsere Bitten und Hinweise nicht einging, baten wir ihn, uns seine Dienstnummer zu zeigen, damit wir eine ordnungsgemäße Dienstaufsichtsbeschwerde einlegen konnten. Der Beamte erklärte uns zu unserer aller Verwunderung, daß er diese nicht bei sich hätte, nach kurzen, teilweise sehr heftigen Wortwechseln gab der Beamte seinem Fahrer den Befehl, den Rückwärtsgang einzulegen und den Platz zu verlassen. Es dauerte aber nicht lange, da kamen wieder Fahrzeuge und teilweise sehr unterschiedlich (mehr oder weniger freundlich) vorließen die Beamten aber immer den Platz nach unserer Aufforderung dazu. Einigen Beamten haben wir auch Kopien der Geländekarten mitgegeben mit der Bitte, diese an die Einsatzleitung weiterzugeben und darauf hinzuwirken, daß keine weiteren Besuche der Polizeikräfte auf unserem Gelände erfolgen. Allerdings waren all diese Bemühungen unsererseits erfolglos. Wir können heute feststellen, daß wir eigentlich immer öfter von den Besatzern belästigt werden. Ihre Antworten auf unsere Bitten werden immer patziger und es häufen sich Vorfälle, die unserer Meinung nach nichts mit dem Auftrag der Polizei im Landkreis zu tun haben. So werden von allen Besuchern die Autonummern aufgeschrieben, viele Besucher per Video aufgenommen, Zivilfahrzeuge der Polizei mit Atomkraft-Nein-Danke Aufklebern parken längere Zeit auf dem Platz und geben per Funk mehr oder wenig unauffällig Meldungen durch.
Wenn wir nicht auf dem Platz sind,werden,reichlich brutal, nämlich ohne zu gucken wohin, unsere Sperren abgeräumt und in die Pflanzungen geworfen. An einem Wochenende ist ein Mitglied unserer Pflanzgruppe von Kripo und Bereitschaftspolizei während der Reparatur einer Sperre stundenlang verhört worden, es wurde der Versuch unternommen, ihn regelrecht zu entnerven.
An einem anderen Tag sind zwei Platzgruppenmitglieder von der Besatzung eines Fahrzeuges rücksichtslos beiseite geschubst worden, um sie so am Weiterbau einer Sperre zu hindern, auf die Aufforderung, ihre Dienstmarke vorzuzeigen bekamen sie dann nur die Antwort:"Wenn sie sie für eine Beschwerde gebrauchen ja, aber erst später", gaben Vollgas und brausten ab.
An den Wochenenden wird von uns und unseren Besuchern, die inzwischen aus ganz Europa angereist kommen, weil sie den "Platz" der BI besuchen wollen, beobachtet, daß alle drei Minuten ein Fahrzeug der Besatzer von irgendeiner Seite den Platz umrundet. Wir sehen nicht ein, daß Polizei und BGS uns ständig fotografieren und uns per Video umlauern, aber immer allergisch reagieren, wenn wir unsere Fotoapperate zücken.Der Unterzeichner hat zum Beispiel am Mittwoch, den 23. Mai in der Zeit von 14-15 Uhr auf dem Dorfplatz in Trebel einer Gruppe von VW-Arbeitern , die an einem Bildungsseminar des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung im Jagdschloß Göhrde teilnahmen, einen kleinen Vortrag über die Arbeit der BI gehalten. Dabei war es ihm nicht möglich, auch nur einen Satz zuende zu sprechen, ohne daß er von vorbeifahrenden Polizeifahrzeugen unterbrochen wurde.

POLIZEISTAAT? NEIN DANKE !!!

Jr. Edi Bock

Platzgruppe der BI Lüchow-Dannenberg

WARNUNG!

In der Nacht vom 20. auf den 21. Mai 1979 ist auf dem Pachtgelände der Bürgerinitiative Umweltschutz bei Trebel (Jagen 240 A) ein Schlagbaum gewaltsam entfernt und mit Motorsägen zerstört worden. Dieser Vorfall, der gegen 2 Uhr nachts geschah, ist von uns beobachtet worden. Zwei Fahrzeuge von Polizei und BGS standen zur fraglichen Zeit in unmittelbarer Nähe des Tatortes!

Die Täter fordern wir hiermit auf, den angerichteten Schaden voll und ganz bis Sonnabend, den 9. Juni 1979, 12 Uhr, zu beheben!

Geschieht das nicht, sehen wir uns genötigt, Anzeige zu erstatten.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
- Gruppe Platz -

ESZ 1.6.79

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Wenn das kein

Macht-Demonstranten unterwegs

Ob Feiertag oder Wochentag, ob es regnet oder nicht, ob Tagzeit oder Nachtzeit, man trifft sie vor allem im östlichen Kreisteil jetzt überall an: die Polizei oder den BGS. Selbst in Ortschaften wird nachts Streife gefahren (14. 4. in Trebel, 4 Uhr morgens), oder es werden am Tage Anti-Atomschilder, die aktive Bürger in ihre Vorgärten gestellt haben, fotografiert (16. 4. in Gorleben, 12 Uhr). Als Autofahrer mit Anti-Atom-Plakette kann es vorkommen, von der Polizei verfolgt zu werden, die man dann selbst durch langsames Fahren nicht von sich abschütteln kann (12. 4. Gartow — Gorleben, 11 Uhr).

Während von den Politikern und auch von der Polizei-Spitze immer wieder betont wird, daß die auf dem Ufest-Gelände stationierten Ordnungskräfte einzig zur Abwehr von militanten Atomgegnern und zum Schutz des Eigentums vonnöten sind, komme ich persönlich nicht umhin, die ständig auf und abfahrenden Polizisten eher als Demonstranten anzusehen — und zwar als Demonstranten der Macht. Diese tragen zwar im Gegensatz zu der anderen Art von Demonstranten, nämlich der Demonstranten der „Ohnmacht", keine Plakate und keine Spruchbänder und sind auch in der Regel eher schweigsam, müssen wohl aber als ebenso wirkungsvoll eingestuft werden. Ihre Aufgabe scheint es zu sein, den Einwohner im Kreisgebiet einzuschüchtern und im weiteren durch stete Abwesenheit in gleichem Erscheinungsbild eine Gewöhnung an die Polizisten zu erzielen.

Die Darstellung derselben als Ordnungskräfte zum Schutz des Eigentums sollte jedenfalls in Anbetracht der übergroßen Anzahl als bittere Ironie gewertet werden. Als weitere negative Effekte, die sich bei einem „ohnmächtigen" Bürger durch die ständige Polizeikontrollen einstellen könnten, seien Verbitterung und Haßgefühle gegen die Institution Polizei genannt. Diese werden zwar von der Polizeispitze in einem sich ständig wiederholenden monotonen Singsang keineswegs erhofft, aber ohne Zweifel angesichts dieses „Aufmarsches" provoziert. Sowie es aber zu auch nur kleinsten Übergriffen kommen würde, könnte der Chaoten-Spruch wieder an den Mann gebracht und damit der ganze Widerstand gegen die Atomkraft in eine falsche Richtung gezogen werden. Schlußendlich der Aufruf: Gewöhnen Sie sich nicht an diese „Demonstranten der Macht" im Kreisgebiet!

Frank Neuschulz, Gorleben

EJZ 3.5.79

Fahrübungen mit BGS!

Die Sonne brennt heiß und Vater radelt mit seinen Söhnen und Freunden umweltbewußt in die Lucie. Zusammen wollen sie das Wunder der Natur in der schönsten Jahreszeit genießen und fröhlich miteinander sein. Mutter sitzt zu Hause und sieht sich das neu erstandene umweltfreundliche Diesel-Auto an und denkt, jetzt mußt du's wagen und üben — jetzt oder nie, die Straßen sind leer! Mutig startet sie den Motor, bleibt stehen und liest noch mal die Beschreibung durch und los geht's. Vor allen Dingen will sie das Schalten üben, das ist in jeder Lebenslage wichtig! Sie will auch nicht unnötig Kraftstoff verbrauchen in dieser kritischen Zeit, wo doch an ihrem Auto auch viele Aufkleber sind, u. a. auch der: „Energie sparen — ja bitte". Einmal rund ums Rechteck Gorleben, das genügt, und frohgemut startet sie. Am Trafo bekommt sie Begleitschutz vom BGS, der in angemessener Entfernung alle Schaltungen mitmacht und jede Biegung nachvollzieht. Ich habe mich gefreut, daß männliche Augen mein zaghaftes Fahren nicht rügten und mich auch nicht weiter fragten, was das ganze soll. Meine nächste Ausfahrt ist am 17. Juni 1979 um die gleiche Zeit. Wenn ich dann besser gefahren bin, können wir dann nicht zusammen Eis essen? Ein Gespräch würde beiderseitige Fragen klären und vor allem Treibstoff sparen.

Christa Wagner, Gorleben

6.6.79 EJZ

Ausweiskontrollen im Wald

Auf diesem Wege möchten wir recht herzlich Dank sagen den Besatzungen der BGS-Fahrzeuge 26-43 und 26-216, speziell den Beamten B. und S. für ihren unermüdlichen Einsatz, wie am 7. Mai '79 zum Schutze der Bohrstellen gegen Urlauber im Landkreis. Wir wissen ja alle, daß Terroristen oder Agenten meistens mit Fahrrädern am hellichten Tage durch Wälder fahren, um sich zu tarnen. So ist es natürlich und nur recht und billig, von Radfahrern in Wäldern die Personalien in speziellen BGS-Listen festzuhalten (eventuell Amtshilfe für den Verfassungsschutz — man hört ja so viel). Daß es sich dabei um spezielle BGS-Listen handelt, verriet uns auf Anfrage der Beamte S. Er sagte uns aber auch, daß er über die Verwendung dieser Listen nicht auskunftspflichtig sei.

Nebensächlich für die aufopfernde Arbeit des BGS — schließlich hilft er mit, jedem Bürger den Atomtod zu ermöglichen — ist natürlich, daß wir uns auf einem öffentlichen, nicht durch Verkehrsschilder gesperrten Weg befanden und auch erst nach Winken der Beamten an die Bohrstelle heranradelten, wo uns sofort die Ausweise abgenommen wurden von den Beamten B. und S.

Daß wir uns durch solche Aktivitäten des BGS nicht einschüchtern lassen, ist klar. Wir werden auch weiterhin die Wälder durchradeln, um die noch strahlenfreie Luft zu atmen. Vielleicht noch ein Tip für die Männer vom BGS: Wie war's, wenn hier irgendwann alle Bürger erfaßt sind, mit einem Umzug nach Chile, Südafrika, DDR und dergleichen?

Ulrike Krüger, Günter Schrandt, z. Z. Laase

18.5.79 EJZ

ANTIATOMAUFKLEBER füllen gegenwärtig das Zentrum einiger Verbotsschilder, durch die Wege zur Übersee-Empfangsfunkstelle bei Wolterndorf für Fahrzeuge aller Art gesperrt werden, entlang des Ortsverbindungsweges von Kolborn nach Krautze aus. An der Aufstellung dieser Verkehrszeichen hatte sich vor kurzem der Unmut zahlreicher Bürger entzündet, sind auf den so gesperrten Wegen doch sogar Fahrradtouren durch dieses landschaftlich reizvolle Gebiet unzulässig.

EJZ 12.5.79 Aufn.: H.-H. Müller

An die Vorboten des Atomstaates:

Wir wären sehr dankbar, wenn wir von den BGS-Beamten, die uns am Mittwoch, dem 30. Mai 1979, durch ihr Fotografieren beim Mittagessen bei den Trebeler Bauernstuben gestört haben, ein Erinnerungsfoto erhalten würden.

Familie Duffner, Karlsruhe, zur Zeit Vietze

EJZ 2.6.79

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Atomstaat ist...

16.05.79

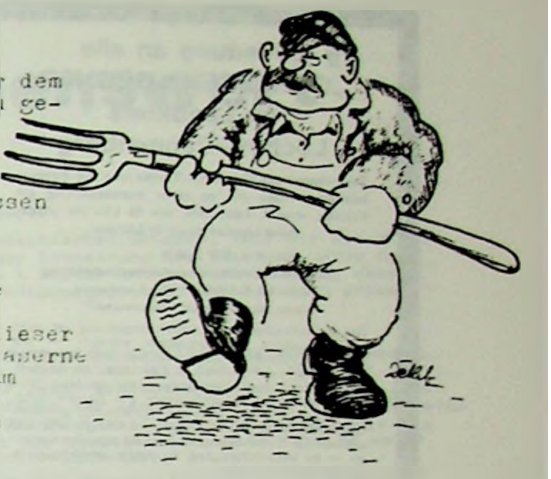
Niedersächsische Landtagsdebatte, Zitat des SPD-Srechers Bruns:
"Wir fordern die Landesregierung auf, jeden Versuch zu unterlassen, vor dem endgültigen Salzstock-Prüfungsergebnis, Bauinvestitionen in Gorleben zu genehmigen."

17.05.79 nachmittags

Sitzung des Bau- und Planungsausschusses. Die SPD spricht sich geschlossen für Polizeikasernen aus.

17.05.79 abends

Sitzung des Samtgemeinderates Lüchow, es fällt die Entscheidung für die Polizeikasernen.
Ungeheuerlich sind die einzelnen Begründungen der Kommunalpolitiker zu dieser Entscheidung(siehe Auszüge der Debatte).Mit Gorleben habe eine Polizeikaserne natürlich nichts zu tun, im Gegenteil sie ist sogar als Alternative zum Gorlebenprojekt zu sehen (siehe Leserbrief).
Man muß sich fragen, für wie naiv die Bürger des Landkreises von ihren Komunalpolitikern gehalten werden.



Als erster Redner eröffnete der CDU-Abgeordnete Erich Roos die Debatte. Er meinte, daß die Entscheidung nicht leicht falle, aber sie habe mit „Gorleben" nichts zu tun. Hier gehe es um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, hier gehe es um neue Impulse für die Wirtschaft. Der SPD-Abgeordnete Heinz Mechow schloß sich mit seinem „Ja" zum Polizeistandort der Entscheidung seines Vorredners an. Vor allem wies er auf die Altersstruktur dieses Kreises hin. Man brauche dringend jüngere Leute. Ein entschiedenes „Nein" kam von Hans-Joachim Schulz (CDU). Als Landwirt müsse er diese Flächenausweisung ablehnen. Man könne sie nicht von „Gorleben" trennen. Eine Verstärkung der Polizei habe doch nur das Ziel, „Gorleben" schließlich doch durchzusetzen.

Als zweiter Kritiker dieser Pläne trat Friedrich Hoppe (SPD) auf. Sein Hauptargument: Der Standort liege zu dicht an der Grundschule, ein normaler Schulbetrieb werde erheblich gestört.

Der CDU-Ratsherr Johannes Hinsch wies darauf hin, daß man sich nach der Rettung dieses Kreises (Kreisreform) bereiterklärt habe, Leben in diese Region zu bringen. Hinsch: „Wir wollen doch diesen Kreis nicht zu einem Friedhof machen, zu einem Niemandsland, deshalb ein eindeutiges Ja zu der Polizeikaserne." Der CDU-Abgeordnete Heinz Helms nutzte die Debatte, um den „Gorleben-Treckern" den Tatbestand der Nötigung vorzuwerfen. Man habe massiv versucht, die Entscheidung der Ratsherren zu beeinflussen. In diesem Augenblick wurde in den Saal ein Schild mit der Aufschrift: „Wenn das kein Atomstaat ist, auf 30 Bürger ein Polizist" getragen.

EJZ 19.05.79

Nein: Nicht um „Gorleben" ging es am Donnerstag im Lüchower Samtgemeinderat, sondern darum, mit „Gorleben" auch die eigenen Gespenster auszutreiben, die zu einer Bürde werden können, wenn wir dem erfolgreichen Widerstand jetzt nicht eine selbstbewußte Kommunalpolitik zur Sicherung von Wirtschaft, Gewerbe und Existenzen folgen lassen. Deshalb wage ich die Behauptung: Eine Polizei-Unterkunft am Standort Lüchow gehört in den Zusammenhang möglicher „Gorleben"-Alternativen, und ich wiederhole meine Aussage in der Ratsdebatte: Wer „Nein" zu „Gorleben" sagt, muß die Freiheit haben, der Ausweisung dieser Unterkünfte zuzustimmen.

Dr. Joachim Schwarze,
Mitglied des Samtgemeinderates Lüchow

EJZ 21.05.79

Anzeige

Trotz Albrechts „Gorleben"-Entscheidung:

Kaserne für 1500 Polizisten nach Lüchow!

In einer Nacht-und-Nebel-Aktion soll der Rat der Samtgemeinde Lüchow die Weichen stellen für den Bau einer Polizei-Großkaserne am Stadtrand Luchows.

Die Kasernen-Anlage soll 1 500 Polizisten fassen und unmittelbar vor den Türen der Grundschule Luchow errichtet werden. Und zwar auf einer 15 bis 20 Hektar großen Fläche Ackerland.

Einziger Grund für die Errichtung dieser Kaserne: Den Landkreis wegen „Gorleben" in einen Polizeistaat zu verwandeln — in Robert Jungks „Atomstaat".*)

*) In seinem stark beachteten Buch „Der Atomstaat" hat der Wissenschaftler und Zukunftsforscher Prof. Dr. Robert Jungk beschrieben, wie die „Schutzbedürftigkeit" atomarer Großanlagen zwangsläufig die Rechte jedes einzelnen Bürgers einschränken muß.

Das Verfahren, dieses Vorhaben durchzupeitschen, ist mehr als ungewöhnlich:

- Übermorgen, am Donnerstagnachmittag, wird der Bau- und Planungsausschuß der Samtgemeinde sich erstmals mit dieser Planung beschäftigen. Und noch am selben Abend soll der Rat der Samtgemeinde den entscheidenden Beschluß fassen, nämlich die erforderliche Änderung des Flächennutzungsplanes genehmigen. **Warum diese überstürzte Hast? Sollen die Ratsherren nicht in Ruhe darüber nachdenken können, daß sie nun über das erste konkrete „Gorleben"-Bauvorhaben entscheiden müssen? Ohne jede Vorbereitung?**
- In der Amtlichen Bekanntmachung dieser Sitzungen, die beide öffentlich sind, ist nicht von der geplanten Polizei-Großkaserne die Rede, sondern von völlig unverdächtigen „Unterkünften in Luchow". **Warum diese Verschleierung? Sollen die Bürger Luchow-Dannenbergs getäuscht werden?**

Was hier passiert, hat mit Demokratie nichts mehr zu tun. Hinter vorgehaltener Hand soll unser Landkreis die höchste Polizeidichte der Bundesrepublik bekommen. Soweit bekannt, gibt es nicht einmal in der DDR Gebiete mit einer derartigen Polizeidichte!

Aber noch viel schlimmer ist dies: Wer immer diese Planung so durchpeitschen will, der beweist, was von den staatlichen Prüfungs- und Genehmigungsverfahren für „Gorleben" zu halten ist und von den Beteuerungen Herrn Albrechts, nur bei absoluter Sicherheit zu bauen:

Nämlich gar nichts!

Die entscheidende Sitzung und Abstimmung des Samtgemeinderates ist öffentlich. Sie findet übermorgen statt, Donnerstag, den 17. Mai 1979, um 19 Uhr im Gildehaus Luchow. Wir gehen ins Gildehaus! Wir kontrollieren und stenografieren die Argumente und Entscheidung jedes einzelnen Ratsmitgliedes. Wir wollen wissen, wer angesichts von mittlerweile 20 000 Unterschriften noch bereit ist, den Bau des ersten „Gorleben"-Gebäudes zu ermöglichen! Und ausgerechnet eine Polizei-Kaserne!

Wir fordern auf: Kommen Sie alle übermorgen mit uns ins Gildehaus. „Gorleben" läuft nicht mehr — schon gar nicht hinter unserem Rücken!

Die Gorleben-Trecker — Der Widerstand des Wendlands

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Das wird von Tag zu Tag mehr...

Einladung an alle „GORLEBEN"-GEGNER im Landkreis Lüchow-Dannenberg

Teilnehmer des Gorleben-Trecks und die Bürgerinitiative laden ein zu einer Veranstaltung am Freitag, dem 8. Juni 1979, um 20 Uhr im Gildehaus (großer Saal) in Lüchow.

THEMA:
„Was bedeutet die Grundsatzentscheidung vom 16. 5. 1979 für den Landkreis und den weiteren Widerstand?"

Die Entscheidung der Landesregierung ist sehr unterschiedlich aufgenommen worden — die Skepsis gegenüber dem „vorläufigen Nein" ist allerdings weit verbreitet. Da allen am Widerstand gegen die Atomanlagen die weitere Entwicklung unseres Landkreises am Herzen liegt, halten wir es für dringend notwendig, gemeinsam den derzeitigen Stand der Dinge und die zukünftige Entwicklung — soweit sie übersehbar ist — zu besprechen und zu einem gemeinsamen Vorgehen zu gelangen.

Wir haben in Hitzacker am 11. 5. 1979 eine erfolgreiche Bürgerversammlung in die Wege geleitet — wir sollten uns am 8. Juni alle treffen, um gemeinsam die nächsten Schritte zu beschließen.

Adolf Lambke, Jameln
Elke Albrecht, Tobringen
(Landwirte)

Jörg Jenning (Pressesprecher)

Inge Mombaur
(Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg)

Ca. 250 Gorleben-Gegner aus dem Landkreis besuchte die von Landwirten und der BI eingerufenen Veranstaltung am 8.6.
Zentraler Diskussionspunkt waren die Polizei- und BGS- Übergriffe im Landkreis.
Landwirt Otto Klaucke berichtete, daß nach Angaben eines CDU-Politikers dem Widerstand jetzt die Spitze gebrochen und sogenannte Rädelsführer herausgegriffen werden sollen.
Zahlreiche Bürger veranschaulichten in Augenzeugenberichten die zunehmende Dreistigkeit der Polizei.
Adolf Lambke, ein Landwirt aus Jameln, berichtete, wie ihn die Kripo auf dem Acker besuchte und er anschließend wegen der Treckerblockade (unmittelbar vor der Albrecht- Entscheidung)vernommen wurde. Seinem Bericht zufolge versuchte die Kripo zu spalten, indem sie z.B. betonte, daß der Schlepper von A. Lambke weniger schlimm blockiert hatte als andere.
Vielfach wurde die Notwendigkeit betont, gemeinsam mit den betroffenen Landwirten gegen die Strafverfolgungen Widerstand zu leisten.
Es wurde der Vorschlag gemacht, eine Dokumentation über die Besatzertruppen im Landkreis zu machen. In Zukunft sollen alle Vorfälle fotografiert werden und dem Ermittlungsausschuß der BI (c/o Heide Rapp,Tel.05862-7989) mitgeteilt werden.
Einige BI-Mitglieder forderten dazu auf, mehr Aktivitäten gegen die Polizeiübergriffe zu starten, die sich sonst bis Tiefbohrungsbeginn völlig einnisten würden. Andere BI'ler forderten zum Dialog mit der Polizei auf, da es nötig sei, das Gegnerbild auf beiden Seiten abzubauen.
Als zweites Thema des Abends wurden die Kriterien einer an die Kreispolitiker zu richtende Resolution gegen Zwischenlager und gegen Flach- und Tiefbohrungen diskutiert.

Trecker umzingeln Bohrfahrzeuge

Lüchow, 14.5. (taz) Noch rechtzeitig, bevor der Minisdterpräsident Albrecht am Mittwoch seine Gorleben Grundsatzentscheidung verkünden konnte, haben Bauern und Leute von der BI Lüchow-Dannenberg gezeigt, was sie von dem seit Monaten laufenden Probebohrungen halten. Gestern in aller Herrgottsfrühe, gegen 3 Uhr morgens, fuhren über 30 Trecker, teils mit Anhänger und ca. 20 PKW's am Schrottplatz vor, auf dem die Celler Brunnenbau GMBH ihre Bohrfahrzeuge über das Wochenende abgestellt hatte. Die beiden Einfahrten wurden mit den Fahrzeugen dicht gemacht. Die Bevölkerung Lüchows unterstützte die Blockade. Es wurden Bier und Korn, Kaffee und Kuchen vorbeigebracht. Geschäftsleute . spendierten Obst und ein Gastwirt Eintopf.

Unter diesen Umständen hielten es Polizei und BGS für ratsam, von einer Räumung abzusehen. Angeblich zur „Sicherung möglicher Schadensansprüche" wurden Kennzeichen notiert und Fotos gemacht.

Die Bohrfirma hat bereits Strafanzeige wegen Nötigung gestellt und verlangt Schadenersatz. Der Chef der „Gorleben-Polizei" vor Ort läßt sogar prüfen, ob wegen Landfriedensbruch ermittelt werden kann!

Protestaktion vom 14. - 16. 5. 1979 in Lüchow am Verladebahnhof

An die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Lüneburg, 2120 Lüneburg

Sehr geehrte Herren!

Nachdem wir an der o. g. Protestaktion teilgenommen haben, sind gegen uns Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Die Mehrzahl der beteiligten Landwirte ist von der Kriminalpolizei aufgesucht und befragt worden. Die vorgebrachten Anschuldigungen halten wir für ungerechtfertigt.

Wir haben mit unserer Aktion von unserem Recht auf Demonstrationsfreiheit Gebrauch gemacht, indem wir auf die Gefahren für unseren Landkreis aufmerksam machen wollten: Emissionen, Explosionsgefahr, Strukturschäden, Salzhalden usw.

Durch das geplante Nuklearzentrum würde unser gesamter Landkreis völlig verändert. Das Gorleben-Projekt bedroht uns und unsere Betriebe in der Existenz.
Ackerland kann man nicht evakuieren.

Wir haben die Verpflichtung, die von vielen Generationen aufgebauten Höfe nicht nur für uns, sondern vor allem für die Allgemeinheit und die Nachwelt zu erhalten.

Unsere qualitativ hochstehenden Zuchtbetriebe und Qualitätserzeugnisse lassen wir nicht in Gefahr bringen. Dieser Verantwortung werden wir uns nicht entziehen.

Unsere Form des Protestes wird von Ihnen offensichtlich beanstandet. Ministerpräsident Albrecht hat gesagt, gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung wird die WAA nicht gebaut, diesen Mehrheitswillen haben wir zum Ausdruck gebracht.

Es ist uns unverständlich, daß gegen uns strafrechtlich vorgegangen wird, wo wir nur von unserem Recht auf Demonstrationsfreiheit Gebrauch gemacht haben. Wir haben Pate gestanden für die Mehrheit der Lüchow-Dannenberger. Aus diesen Gründen erwarten wir die sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren.

Die betroffenen Landwirte

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Im Folgenden Auszüge aus der Landtagsdebatte am 16.5.79, die in der Presse keine Beachtung fanden und belegen, daß weiterhin am Konzept der WAA festgehalten wird:

"Die WAA bleibt wünschenswert"

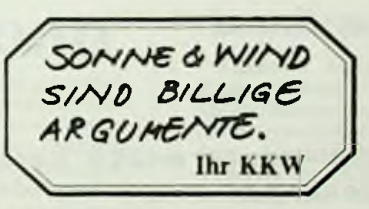
In dieser Debatte gab der SPD-Abgeordnete Bruns bekannt, daß allein in Niedersachsen 5-6 zusätzliche AKWs mit einer Leistung von 1300 MW oder 10-11 AKWs mit einer Leistung von 700 MW geplant seien. Als raumordnerisch bereits gesicherte Standorte nannte er: Winsen/L., Alt-Garge, Langendorf (Lüchow-Dannenberg), Stade, Cuxhaven und Emden. MP Albrecht bestätigte diese Angaben:
"Wir werden Grohnde zuende bauen. Wir werden einen Antrag behandeln, der den Ersatz des vorhandenen Kernkraftwerkes in Lingen durch ein neues modernes KKW zum Gegenstand hat, dies ist im Moment alles an aktuellen Planungen. Natürlich sind wir von der Bundesregierung gebeten worden, doch langfristig Standortvorsorge zu betreiben, und dies hat dazu geführt, daß die Namen, die Sie genannt haben, ins Gespräch gekommen sind."

Auch die SPD stimmte dem Weiterbau des AKW Grohnde zu (Fraktionschef Ravens) und betonte, daß die Wiederaufbereitungsanlage "wünschenswert" (Bruns) bleibt.
MdL Bruns richtete an Albrecht die Frage, wie ernst das "Nein" zur WAA gemeintsei, in diesem Zusammenhang stellte er fest:
"Ich kann das Verfahren so weiterlaufen lassen, daß ich nein gesagt habe und trotzdem alle Entscheidungen für den Bau einer WAA in Gorleben 1984 vorbereitet sind. Es ist kein Problem, wenn man das will. In diesem Spiel sind alle taktischen Karten noch im Blatt!",
worauf Albrecht erwiderte:
"Wir sagen nein aus politischen Gründen, weil wir das nicht ohne eine tiefgreifende Zerstörung des Friedens unter den gegebenen Bedingungen - solche können sich ändern - aber unter den gegebenen Bedingungen nicht durchzwingen können."
Und weiter:

"Wenn wir der Bevölkerung nicht deutlich und ehrlich sagen, daß die WAA für diese Generation will ich mal sagen, d.h. für diese Zeit, wo wir jetzt entscheiden (Anm. d. Red.: 1982 Ende der Legislaturperiode der Landesregierung, erst 1984 soll nach DWK-Planung das Planfeststellungsverfahren für die WAA beginnen) kein Projekt für Gorleben ist, dann wird es keine politische Ruhe in Lüchow-Dannenberg geben!"

Wie das "Nein" zur WAA denn letztendlich auch gemeint ist, wird an folgender Aussage Albrechts deutlich:
"Natürlich, damit wir uns nicht mißverstehen, solche Entscheidungen können nicht für die Ewigkeit sein. Dies sind politische Entscheidungen, die andere wieder revidieren können und anders treffen können. Und Sie wie wir wollen ja auch keine Möglichkeit verschütten, ich würde es für unverantwortlich halten unseren Nachfolgern, d.h. auch unseren Kindern gegenüber, wenn sie überhaupt nicht mehr die Möglichkeit hätten, die ungeheuren Brennstoffvorräte, die in den abgebrannten Brennelementen vorhanden sind zu nutzen, dann, wenn die Energie in der Welt knapp wird."

Liest man diese Worte, verwundert es auch niemanden, daß die DWK an ihrem Konzept festhält und sich nicht aus der Ruhe bringen läßt!



DWK erwartet volle Wiederaufarbeitung Mitte der neunziger Jahre

Die Planungen und Flachbohrungen für Gorleben gehen weiter

Tgn. HANNOVER, 17. Mai. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) hält ihren Genehmigungsantrag für die Lagerung und für die Wiederaufarbeitung bestrahlter Brennelemente an dem auch für eine Endlagerung in Aussicht genommenen Standort des Salzstock-Gebiets von Gorleben aufrecht. Sie führt ihre Planungen weiter und setzt ihre Flachbohrungen zur Baugrunderkundung fort. Sie rechnet zwar mit einer zeitlichen Verzögerung im Genehmigungsverfahren, aber auch mit einem schließlich positiven Bescheid, der sie erwarten läßt, daß es Mitte der neunziger Jahre zur vollen „heißen" Wiederaufarbeitung in dem bis dahin verwirklichten nuklearen Entsorgungszentrum Gorleben werde kommen können.

Dies hat der Vorstandsvorsitzende der DWK, Scheuten, am Donnerstag in Hannover mit den Worten bekräftigt: „Wir haben gar keine andere Wahl, als an dem Konzept der integrierten nuklearen Entsorgung und an dem Standort Gorleben festzuhalten." Scheuten machte damit deutlich, daß sich alle Zweifel an der Realisierbarkeit des Wiederaufarbeitungskonzepts, wie sie die niedersächsische Landesregierung und das Landesparlament aus derzeitigen politischen oder — im Fall der SPD-Opposition — aus sicherheitstechnischen Gründen hegen, nach der Überzeugung der DWK beseitigen lassen. Er wies zugleich darauf hin, daß das deutsche Atomgesetz (Paragraph 9 a) in erster Linie zwingend die schadlose Verwertung von erstverbrauchten Brennelementen durch Wiederaufarbeitung vorschreibe, woran die Bundesregierung und die Landesregierungen gebunden seien. Zudem habe die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Albrecht betont, sie werde trotz der niedersächsischen Bedenken das integrierte Entsorgungskonzept — mit Wiederaufarbeitung — weiter verfolgen, wenngleich bei der Verwirklichung nur schrittweise vorgehen.

Ein „vorübergehendes Ruhen" oder „zeitliches Strecken" des Genehmigungsverfahrens durch die Landesregierung, die im Atomrecht an den Bundesinnenminister weisungsgebunden ist, würde die DWK in Kauf nehmen, stelle Scheuten fest. Das würde noch kein Anlaß für die DWK sein, eine Untätigkeitsklage gegen die Landesregierung anzustrengen. Die DWK werde die Zeit dazu nutzen, die eingereichten Unterlagen zu ergänzen und damit insbesondere die von Albrecht erhobenen Forderungen zu erfüllen. Der Regierungschef hatte unter anderem bessere Sicherheitsvorkehrungen hinsichtlich des Eingangslagers für abgebrannte Brennelemente und hinsichtlich der Lagerung der — bei der Wiederaufarbeitung anfallenden — hochradioaktiven Abfälle flüssiger Art verlangt. Scheuten kündigte an, daß die DWK befriedigende Lösungen dafür bieten werde. Im Gegensatz zum ursprünglichen Konzept sei jetzt vorgesehen, die Brennelemente nicht naß, sondern in Spezialbehältern trocken zu lagern, diese tonnenschweren Behälter hätten auch Beschußversuchen, die den Aufprall eines Phantomdüsenjägers simulierten, im Test schon standgehalten. Die hochradioaktiven Abfälle in flüssiger Form sollten nicht mehr oberirdisch, wie zuerst geplant, sondern unterirdisch in sicheren Tanks gelagert werden.

Scheuten nannte es im Namen der DWK „außerordentlich bedauerlich", daß die Landesregierung trotz sachlicher Zustimmung die Realisierung des integrierten Entsorgungskonzepts — mit Wiederaufarbeitung — dennoch zur Zeit nicht für politisch „durchsetzbar" halte. Erst durch die Wiederaufarbeitung werde eine für die Umwelt langfristig sichere Lagerung von radioaktiven Abfällen in Salzstöcken möglich, abgesehen davon, daß die Wiederaufarbeitung eine erhebliche Einsparung der knappen Energierohstoffe bedeute.

F.A.Z. v. 18.5.79

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

10 % Gewalttäter

Die nebenstehende Erklärung verdeutlicht die neue Taktik der niedersächsischen Landesregierung. Mit dem vorläufigen "Nein" zur WAA sei die "eigentliche Ursache der Ängste und Befürchtungen" vom Tisch. Die nun anstehende Erprobung des Salzstockes kann die Lüchow-Dannenberger Bevölkerung demgegenüber "sachlich und kritisch begleiten", da dies "ein überschaubarer und rational voll zu erfassender Vorgang" sei.
Die in dieser Zeitung dokumentierten Beispiele staatlicher Willkür richten sich gezielt gegen diejenigen, die nicht bereit sind, das Bonbon der Landesregierung zu schlucken und deshalb aus angeblich irrationalen Motiven auch die Bohrungen verhindern wollen. Gemeint sind die "1o% Gewalttäter", die es laut Pestel "selbst in der eingesessenen Bevölkerung" gibt, (s. Dok. I), und nach Ansicht des Kreisausschusses bereits "Gewalt praktiziert", (s. Dok. II). Es liegt auf der Hand: die radikalen AKW-Gegner im Landkreis können nur mundtot gemacht werden, wenn der Rest der Bevölkerung die Beruhigungspille schluckt und an den "endgültigen Verzicht" auf die WAA glaubt.
In Teil III dokumentieren wir die diesbezüglichen Sorgen Albrechts.

Schröder zur Gorleben-Entscheidung

Gorleben. Als eine wegweisende Entscheidung von großer politischer und energiewirtschaftlicher Tragweite hat der Lüneburger CDU-Bundestagsabgeordnete Horst Schröder die Erklärung der niedersächsischen Landesregierung zum Thema Gorleben bezeichnet. Schröder begrüßte insbesondere, daß die Bevölkerung Lüchow-Dannenbergs nun nicht mehr mit dem Problem der gigantischen Wiederaufbereitungsanlage belastet werde. Dieses sei die eigentliche Ursache der Ängste und Befürchtungen. Die Erprobung des Salzstokkes sei demgegenüber ein überschaubarer und rational voll zu erfassender Vorgang, den auch die Lüchow-Dannenberger Bevölkerung sachlich und kritisch begleiten könne und werde. Die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung zwinge nunmehr die Bundesregierung zur Vorlage eines neuen, alternativen Entsorgungskonzeptes, das die Anregungen und Auflagen Niedersachsens erfüllt. 6.6.79, EJZ

I.

10 Prozent Gewalttäter

„Mindestens zehn Prozent zu Gewalttätigkeiten bereit . . ." Diese Nachricht hat mich doch stutzig gemacht. In einem in der Saarbrücker Zeitung vom Dienstag, dem 15. Mai 1979, abgedruckten Interview mit Wissenschaftsminister Eduard Pestel steht es schwarz auf weiß. Um nicht übler Agitation verdächtigt zu werden, zitiere ich u. a. wörtlich: Frage: „Herr Minister, Gorleben und Wiederaufbereitung. Wie wird das weitergehen?" Pestel: „Die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben ist eine Sache, die für mich technisch machbar ist. Aber sie ist politisch nicht durchzusetzen. Sie können nicht mit riesigem Polizeiaufgebot gegen den Willen der dort ansässigen Bevölkerung agieren. Wenn es nur die hinzugereisten Kernkraftgegner wären, würde man davor nicht zurückschrecken. Aber zumindest die Hälfte der Bevölkerung ist dagegen. Und wo selbst unter der eingesessenen Bevölkerung nach Umfragen, die wir kennen, mindestens zehn Prozent zu Gewalttätigkeiten bereit sind, können wir so etwas nicht politisch durchsetzen . . ." Nach Umfragen, die wir kennen! Wie war doch das mit der Fragebogenaktion der DWK im Oktober 1978? Stand da nicht auf Seite 14 unter Fragenkomplex 18: „Da einem ja nicht immer gleich alle Möglichkeiten der Aktivitäten einfallen, haben wir einige gesammelt. Welche davon sind Ihrer Meinung nach vertretbar?" Unter den Aktivitäten sind u. a. aufgeführt: „Demonstration auch mit gewaltsamen Mitteln; Demonstration, auf jeden Fall mit Gewaltanwendung; jedes Mittel, und ist es noch so brutal, ist nur recht, um den Bau zu verhindern." Sollten zwischen den Aussagen des Wissenschaftsministers und den Ergebnissen der Fragebogenaktion der DWK Zusammenhänge bestehen? Wenn ja, gehe ich selbstverständlich davon aus, daß keine personenbezogene Daten (Name und Anschrift des Befragten waren ja auf Seite 16 anzugeben) in irgendeiner Form an irgendeine Person oder Gruppen von Personen weitergeleitet wurden, wozu das Bundesdatenschutzgesetz verpflichtet.

Marianne Fritzen, Kolborn

30.5.79 EJZ

Sogar CDU-Grill mußte noch während des Hitzacker-Hearings zugeben, daß der Abend außerordentlich friedlich verlief (s.S.14). Die nachträgliche Diffamierung des Kreisausschusses (Hauptausschuß des Kreistags,6 CDU u. 3 SPD Vertreter) scheint auf den ersten Blick lächerlich. Vor dem Hintergrund der massiven Polizeieinsätze muß die Darstellung des Kreisausschusses als Kriegserklärung verstanden werden.

II „Mit der Schilderung der vom Kreisausschuß im Kurhaus in Hitzacker am 11. 5. 1979 veranstalteten Bürgeranhörung hat die Elbe-Jeetzel-Zeitung erneut ihre Kunst einseitiger Berichterstattung in Sachen Gorleben eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wenn sie von einer störungsfreien und relativ disziplinierten Zusammenkunft spricht und dabei verschweigt, daß von den Kernkraftgegnern im Gegensatz zu ihrer immer wieder bekundeten Friedfertigkeit Gewalt angewandt wurde. So wurden die vom Kreisausschuß geladenen Gäste gewaltsam daran gehindert, den Saal zu betreten. Als dann die den Einlaß kontrollierenden Ordner die Eingangstür schließen wollten, wurde diese gewaltsam aufgedrückt, so daß sie aus dem Rahmen zu brechen drohte und die Ordner beiseite gedrängt. Bevor sich die Kernkraftgegner gewaltsam Einlaß verschafften, hatten einige von ihnen versucht, mit gefälschten Eintrittskarten in den Saal zu gelangen. Mit diesem Verhalten sind die Straftatbestände der Nötigung, des Hausfriedensbruchs und der Urkundenfälschung erfüllt, über die man in der Berichterstattung nicht einfach mit dem lapidaren Hinweis hinweggehen kann, die Nichteingeladenen hä ten lediglich die Einladung des Kreisausschu ses unterlaufen. Eine Zeitung, die in de Umstand, daß ein Polizist die Fahrzeugnur mer eines Demonstranten notiert, einen b hördlichen Willkürakt und den Beginn ein neuen Polizeistaates sieht, sollte im Interes ihrer Glaubwürdigkeit das obengeschilder Verhalten der gewaltsam Eindringenden nic verschweigen, sondern vielleicht die Au merksamkeit ihrer Leser darauf lenken, d die Kernkraftgegner mit der Anwendung v Gewalt in eine neue Phase der Auseinande setzung getreten sind.

der, der eine von vielen Versammlungstei nehmern abweichende Meinung äußerte u auf Fragen nicht die gewünschte Antwort g wurde durch eine gewaltige Stimmkulisse a Weitersprechen behindert. Es ist unerträglic wenn die Elbe-Jeetzel-Zeitung verschwei daß Mitglieder der Bürgerinitiative und a derer Gruppen glauben, statt demokratische Verhaltens Gewalt praktizieren und dan gewählte Kreistagsabgeordnete in ein menschlich verletzenden und verunglimpfe den Art unter Druck setzen zu können.

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Albrecht: Für Tiefbohrungen keine Eile

Jetzt die Bevölkerung um Gorleben überzeugen – Ravens: Keine Zeit vertun

Entscheidend ist nach den Worten Albrechts, „daß wir den Bürgern klar machen können, daß die Wiederaufarbeitung nicht zur Diskussion steht". Die Bundesregierung müsse sich unter diesem Gesichtspunkt darüber klar werden, welchen Weg sie zu gehen beabsichtige. Je klarer die Position der Bundesregierung „in Übereinstimmung mit der Position der Landesregierung" sei, desto eher könne die Bevölkerung davon überzeugt sein, daß die Wiederaufarbeitungsfrage zunächst für Jahrzehnte „vom Tisch" sei. Von diesem Klärungsprozeß hänge es ab, wie rasch dann die beantragten Tiefbohrungen zur Ergründung des Gorlebener Salzstocks auf dessen Eignung als Endlager genehmigt werden könnte.

FAZ 21.5

Albrecht sagte, das Bergamt Celle könne die von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt beantragten Tiefbohrungen zur Erkundung des Salzstocks bei Gorleben jetzt genehmigen. Die Tiefbohrungen seien allerdings ein großes politisches Problem, das auch aus polizeilicher Sicht gesehen werden müsse. Im übrigen gebe es hier keinen Grund zur Eile.
Albrecht kündigte eine Umfrage im Kreis Lüchow-Dannenberg an, mit deren Hilfe die Haltung der Bevölkerung nach der Regierungserklärung ermittelt werden soll.

HAZ 19.5.

Von Poser, der den Journalisten auch seinen Stellvertreter Dr. Rohwedder (bisher Wirtschaftsministerium Kiel) vorstellte, hält es für möglich, daß die CDU-Landesregierung die von ihr gefällte Grundsatzentscheidung gegen die Wiederaufbereitung noch dadurch bekräftigt, daß sie jetzt wieder der Förderung des Kreises Lüchow-Dannenberg als Urlaubs- und Erholungslandschaft eine Priorität mit Signalwirkung einräumt. Alle Öko-Gutachten im Zusammenhang mit Verkehrsverbindungen und Infrastruktur für das Großprojekt Gorleben seien gegenstandslos.

EJZ 18.5.

Die Beackerung geht weiter!

LETZTE MELDUNG:

Am 17.6. wird die DWK erneut mit Kreistagsabgeordneten eine Fahrt zur englischen Schrott-WAA in Windscale durchführen!

Landvolkvertreter in Bonn

Lüchow. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Horst Schröder hat im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Landvolk-Kreisverbandes, Adolf Voß, eine Gruppe von Lüchow-Dannenberger Landwirten zu zweitägigen Informationsgesprächen nach Bonn eingeladen. Der Besuch heute und morgen dient vorwiegend der Unterrichtung über aktuelle landwirtschaftliche Fragen und Fragen, die mit der veränderten Problematik des Gorleben-Projekts zusammenhängen. Das umfangreiche Programm sieht u. a. Fachgespräche im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, im Bundesinnenministerium mit Staatssekretär Dr. Hartkopf und im Bundesfinanzministerium vor. Darüber hinaus wird die Gruppe auch vom Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Kohl, empfangen werden.

EJZ 11.6.

Landfrauen bei Albrecht

Lüchow. Aufgrund eines Briefes, den der Kreisverband der Landfrauenvereine Lüchow-Dannenberg, unterstützt durch die Nachbarverbände Uelzen und Lüneburg, an den Ministerpräsidenten geschrieben hat, empfing Dr. Albrecht am Donnerstag Vertreterinnen der Landfrauen in seinem Haus in Beinhorn zu einem Gespräch. In privater Atmosphäre bei einer Tasse Kaffee informierte Albrecht sachlich und gründlich über den heutigen Stand des Problems „Gorleben" und über seine Erkenntnisse nach dem Hearing in Hannover. Der Ministerpräsident ging in diesem Gespräch, das mehr als 1½ Stunden dauerte, ausführlich auf die Sorgen und Fragen der Frauen ein. Er bot den Landfrauenverbänden an, sich nach dieser persönlichen Kontaktaufnahme mit dringenden Anliegen direkt an ihn zu wenden.

EJZ 5.5.

Albrecht spricht mit Ärzte-Delegation

nt Hannover. Durch die Vermittlung des heimischen CDU-Landtagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill wird Ministerpräsident Albrecht in Kürze mit einer Delegation des Ärztevereins im Landkreis Lüchow-Dannenberg über die Problematik einer Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben diskutieren.

EJZ 7.6

Bohrkrach in der Nacht

Gorleben. Sieben Gorlebener Familien und zwar Boerner, Scharping, Schneidau, Urosek, Rüter, Lüth und Grunwald, sind empört über die Rücksichtslosigkeit von Bohrtrupps, die im Auftrag der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt im Gorlebener Gebiet hydrologische Bohrungen vornehmen. Mit schrillem, durchdringendem Pfeifton mahlten sich in der vergangenen Woche auch nachts die Bohrmeißel in den Untergrund. Nach Schilderung der betroffenen Gorlebener konnte man bei diesem Bohrkrach nicht schlafen und selbst Beamte des Bundesgrenzschutzes sollen diese Geräusche als Ruhestörung empfunden haben. Beschwerden bei der PTB und beim Ordnungsamt des Kreises hatten keinen Erfolg, man nahm sie — wie gesagt wurde — lediglich zur Kenntnis und bohrte weiter. Dazu ein Sprecher der um ihre Nachtruhe gebrachten Familien: „Der ruhestörende Lärm wurde trotz Lärmschutzgesetz fortgesetzt und ohne Rücksicht auf meine Beschwerden."

EJZ 6.6

← Bohrungen & Zwischenlager

Der Platz für ein Langzeitzwischenlager

(rb) Hannover.- Wenn es in Niedersachsen zu einem Langzeitzwischenlager für abgebrannte Kernbrennstäbe kommen sollte, so würde die Landesregierung offenbar Wert darauf legen, daß dieses Lager im Raum Gorleben angelegt würde. Wahrscheinlich würde es sich bei einem solchen Lager um eine Trockenlagerung handeln, die in neuentwickelten Behältern erfolgen würde. Diese Behälter, die gegenwärtig im Zulassungsverfahren sind, sorgen für eine inhärent sichere Lagerung, die völlig problemlos ist und auch zu keinerlei Umweltbelastungen führt.

13.6.79 RUNDBLICK

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Widerstand der Ärzte

Seit einiger Zeit beginnen sich auch die Ärzte der Landkreise Lüchow-Dannenberg und Uelzen zu regen. Sie entwarfen einen offenen Brief an DR. Albrecht, der in der EJZ u. der Allgemeinen Zeitung, als Anzeige veröffentlicht wurde. In diesem Brief wurde das stoppen des Atomprogramms gefordert, und unterzeichnet von 121 Ärzten.(siehe Anzeige) Die Aktivität der Ärzte kommt auch durch die Vielzahl der Leserbriefe zum Ausdruck. Es wurden zehn atomgegnerische Leserbriefe in einem Zeitraum von ca. 3 Wochen in der EJZ veröffentlicht.
Am 19. 5. wurde in der EJZ bekanntgegeben, daß die Ärzte sich zu einer "Ärztlichen Arbeitsgemeinschaft Atomenergie und Umweltschutz" zusammengeschlossen haben. Welche wichtige Bedeutung diese AG. hat, zeigt die Reaktion der Befürworter. Welche Ziele die Ärztevereinigung anstrebt wird in einem der folgenden Artikel ausgeführt. Nach dem letzten Stand unserer Informationen will Albrecht mit einer Delegation dieser Arbeitsgemeinschaft sprechen.
Auf die wissenschaftliche Argumentation der atomgegnerischen Ärzte wird teilweise von der Befürworterseite „wissenschaftlich", zum Teil werden aber auch persönliche und unsachliche Anschuldigungen vorgebracht. Hierzu ein Beitrag von Grill und Fischer auf der nächsten Seite. Diese Demagogie, die von der Befürworterseite betrieben wird, zeigt ganz offensichtlich, wie ge- und betroffen sie von der Kritik der Ärzte sind. Wie sich diese Getroffenheit der Betreiber äußern kann, zeigt die Entlassung eines Heider Arztes. Er ist entlassen worden, weil er "zwischen seiner privaten Überzeugung und seinen Dienstgeschäften keine Trennung" gemacht haben soll. Der konkrete Entlassungsgrund, Peter Ruppell hat während seiner Dienstzeit in Beisein von Patienten für eine Demonstration gegen das Atomkraftwerk Brunsbüttel geworben (FR. v. 29. 5.79).
Interessant zu diesem Thema ist noch, daß die Ärztekammer, die offizielle Vertretung der Ärzte, sich nach wie vor für die Atomenergie ausspricht. Jedoch heißt dies nicht, daß die offizielle Vertretung der Ärzte die Meinung der Ärzteschaft wiederspiegeln muß, was im Landkreis Lüchow - Dannenberg und Uelzen besonders deutlich wird.

Offener Brief an den Herrn Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht!

Der Reaktorunfall in Harrisburg hat unsere ablehnende Haltung gegenüber der Kernenergie weiter verstärkt. In erschreckender Weise ist mit einem Schlag deutlich geworden, wie Berechnungen, die einen derartigen Unfall mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausschließen, und „technisch perfekte Sicherheitssysteme" zu beurteilen sind.

Jetzt spätestens müssen wir dafür Sorge tragen, daß der Bau weiterer Kernkraftwerke gestoppt sowie Planung und Errichtung von Atommüllaufbereitungsanlagen nicht weiter verfolgt werden.

Wir wissen, daß auch schon die radioaktive Strahlung, die beim Normalbetrieb eines Atomkraftwerkes anfällt, schädlich ist. Durch Schnelle Brüter und Wiederaufbereitungsanlage werden die Gefahren in einen selbst von Experten nicht mehr abschätzbaren Bereich gesteigert.

Die Bevölkerung hat durch die Atomenergiewirtschaft mit einem Anstieg der Krebshäufigkeit, einem Rückgang der Lebenserwartung, mit Mißbildungen und Erbschäden künftiger Generationen zu rechnen.

Im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung fordern wir daher die Politiker und alle Verantwortlichen auf, das Atomenergieprogramm zu stoppen.

Ärzte der Kreise Uelzen und Lüchow-Dannenberg: unterzeichnet von 120 Ärzten

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Hetze der CDU

Auszug der Anzeige von N. Fischer, Fraktionsvorsitzender der CDU

Wer als Spitzenverdiener in unserer Gesellschaft benzinfressende Autos fährt, ein Zweithaus besitzt, ein Jagdrevier sein eigen nennt (alles Dinge, die der Normalverbraucher nicht hat), sollte erst einmal an sich selbst das einfache Leben, das von Kernenergiegegnern gefordert wird, praktizieren. Der Berufsstand der Ärzte ist, zu Recht oder Unrecht, in die öffentliche Diskussion geraten (wer Professor Hackethal liest, kann ein Lied davon singen). Herr Dr. Dolif und seine Mannen hätten da für sich ein großes Betätigungsfeld. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

EJZ 15.5.79

Zitat aus der Landtagsdebatte v. 15. 5.79 vom CDU Landtagsabgeordneten Kurt Dieter Grill (Lüchow-Dannenberg):

"Wenn Gorleben sozusagen vom täglichen Leben bis in die kleinste Ritze ergreift, dann sind dafür eine Reihe von Gründen maßgebend, die ich einmal deutlich hier zusammenfassen möchte:

1. Ist dieses die Angst vor dem atomaren Risiko
2. aber auch, und dieses muß einmal sehr deutlich gesagt werden, die systematische Schürung von Angst in der Bevölkerung durch alle möglichen Gruppen in der sich auch in letzter Zeit leider Ärzte unter Ausmaß ihres hohen gesellschaftlichen Ansehens in Lüchow-Dannenberg beteiligt haben."

Ein Leserbrief

Ärzte im Glashaus?

Kein röntgenologisch arbeitender Arzt sitzt im Glashaus, da er kontrolliert wird und die Strahlenschutzbestimmungen gar nicht umgehen kann. Herr Sauermann beschreibt die hohen Dosen (bis zu 2 500 mrem), die ein Röntgenarzt seinem Patienten zumutet, — im Gegensatz zu den ach so kleinen technischen Dosen von 30 mrem pro Jahr in der Umgebung einer kerntechnischen Anlage. Bei Anwendung von Röntgenstrahlen handelt es sich um eine physikalisch genau dosierbare einheitliche Strahlenart, die den Körper durchdringt und nicht in ihm steckenbleibt, die ausschließlich auf den erkrankten Organbereich gerichtet ist, für Sekunden, denn Durchleuchtungen sind weitgehend zugunsten von Aufnahmen verlassen worden. Das medizinisch-diagnostische Röntgen dient zur Erfassung oder Ausschluß einer Erkrankung, das heißt Abwehr eines Schadens. In kerntechnischen Anlagen besteht eine Dauerbestrahlung des ganzen (gesunden!) Organismus' und einer gesunden biologischen Umwelt. Diese Strahlung ist ein undosierbares Gemisch von drei verschiedenen Strahlenarten, zweier weicher und einer harten Strahlung. Letztere ähnelt den Röntgenstrahlen. Die weichen Strahlen bleiben im Organismus stecken, summieren sich während des gesamten Lebens und bewirken biologische Zellveränderungen. Nicht so die harte, durchgehende Strahlung.

Neben diesen fachlichen Diskussionen muß gesagt werden, daß die DWK uns eine Technologie aufzwingen will, die noch nicht ausgereift ist, wie das Hearing in Hannover gezeigt hat, man jedoch hofft, sie bis zum Bau zu beherrschen. Dieses Glücksspiel der Bevölkerung zuzumuten, ist verbrecherisch. Dazu kommen Strukturveränderungen technischer Art, die unseren Kreis völlig verunstalten, aber nur 15 Jahre nutzbar sind. Danach kann kein Mensch mehr für Hunderttausende von Jahren den Bereich in Gorleben betreten. Ganz zu schweigen von der Unzulänglichkeit des Menschen, die stets unvorhergeschene Situationen schafft.

Dr. med. Klaus-Rudolf Laenge, Gartow

EJZ 16.5.79

Ärzte gründeten Umweltausschuss

Gorleben. 30 Ärzte aus den Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Uelzen haben eine „Ärztliche Arbeitsgemeinschaft Atomenergie und Umweltschutz" gegründet. Zu den Zielen dieser Arbeitsgemeinschaft gehört es, innerhalb der Ärzteschaft in der Region Gorleben den Wissensstand auf Gebieten wie Ökologie, Radioökologie, Strahlenmedizin und Strahlenbiologie zu vertiefen und bereits vorhandene Kenntnisse zusammenzutragen. Die beteiligten Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte wollen alles nur Mögliche tun, um der weiteren Zerstörung unserer Umwelt entgegenzuwirken. Insbesondere wollen sie ihre Kollegen und auch die Patientenschaft und alle Mitbürger auf die Gefahren aufmerksam machen, die von der weiteren Verbreitung atomtechnischer Anlagen ausgehen. Durch die Aussendung von wissenschaftlichen Arbeiten und durch öffentliche Vorträge möchte die Arbeitsgemeinschaft nach außen wirken, nicht nur um zu kritisieren, sondern um gegebenenfalls durch konstruktive Vorschläge die Diskussion um die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie zu bereichern.

EJZ 19.5.79

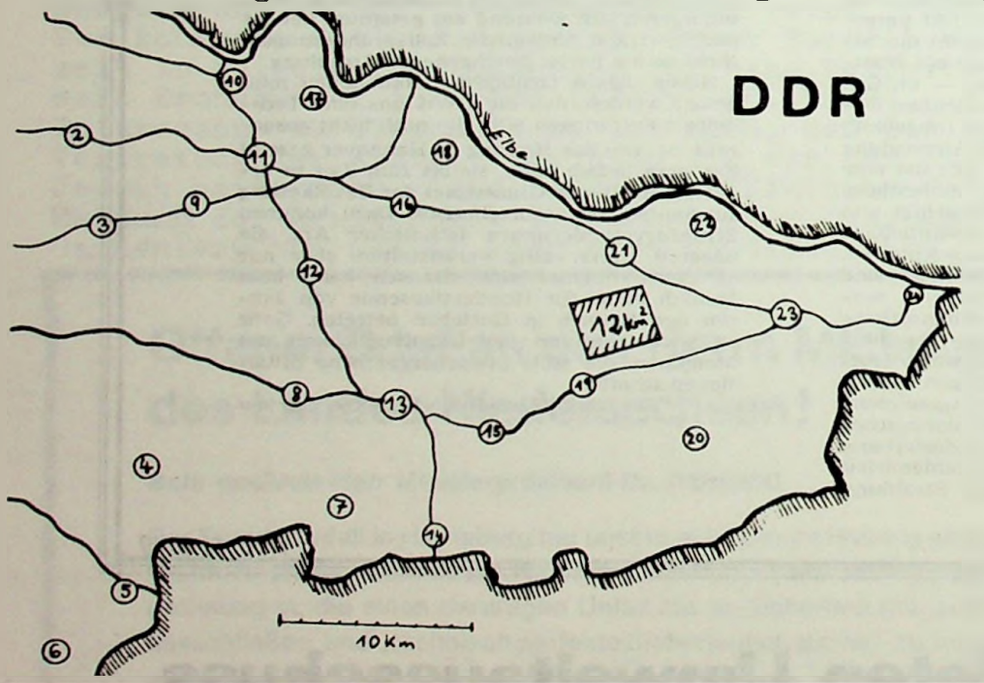
Kontakt: Dr. Kubitschek
Lange Str. 10
Lüchow
Tel.: 05841/4100

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Ein unerwarteter Wahlausgang!

Die bisherigen Höhepunkte des Widerstandes waren:
a) der Treck nach Hannover. Am 1.ten Trecktag waren 5000 Einwohner des Landkreises auf den Beinen.(s. G.A. Nr.6)
b) die Kreistagsbesetzungen, die eine Bürgerversammlung mit ca. 700 Teilnehmern in Hitzacker erzwangen.(s.u.)
c) die Unterschriftenaktion, in deren Verlauf sich rund 20000 (der ca. 45000 Kreisbewohner) gegen jede atomare Anlage in Lüchow-Dannenberg aussprachen.Die Dörfer haben nahezu geschlossen unterschrieben, in den Städten wird die Sammlung weitergeführt.Bestandteil der letzten beiden Aktionen war die an die politischen Mandanten gerichtete Forderung, den Mehrheitswillen der Bevölkerung entsprechend die Anlage abzulehnen.

Das Ergebnis der Europawahl ist vor dem Hintergrund dieser Ereignisse enttäuschend ausgefallen.Die Wahlbeteiligung betrug 67,33% (Landtagswahl 1978:79,2%). Die CDU erhielt 49,96% (78: 52,8%) der Stimmen, die GLU sackt von 17,8% auf 14,4%, während sich SPD und FDP von 25,9% auf 31,49% bzw. von 2,3% auf 3,67% verbessern konnten.
In absoluten Zahlen erhielten "Die Grünen" 3686 Stimmen.
Wir schätzen dieses Ergebnis als einen vorläufigen Erfolg der Landesregierung ein, der eng mit ihrem derzeitigem Verwirrspiel ("Nein zu Gorleben") zusammenhängt.
Nicht einmal die örtliche CDU wagt dieses Ergebnis als Zustimmung zum Zwischen- oder Endlager zu interpretieren.



GLU-Stimmen

		LTW-78:	EW-79:
1	Neu Darchau	31 = 3,8%	34 = 4,7%
2	Göhrde	34 = 10,5%	32 = 12,5%
3	Zernien	99 = 12,4%	93 = 12,6%
4	Clenze	248 = 18,0%	181 = 14,8%
5	Bergen	100 = 13,0%	62 = 8,9%
6	Schnega	119 = 12,3%	57 = 7,3%
7	Wustrow	230 = 16,5%	193 = 15,5%
8	Küsten	184 = 25,0%	147 = 25,7%
9	Karwitz	59 = 14,7%	43 = 13,7%
10	Hitzacker	249 = 9,1%	153 = 6,4%
11	Dannenberg	617 = 15,6%	458 = 13,2%
12	Jameln	106 = 16,6%	93 = 17,4%
13	Lüchow	951 = 17,5%	729 = 15,6%
14	Lübbow	108 = 21,0%	93 = 21,7%
15	Wollersdorf	91 = 15,2%	75 = 15,5%
16	Gusborn	142 = 21,8%	95 = 16,2%
17	Damnatz	33 = 14,3%	19 = 10,2%
18	Langendorf	60 = 14,9%	49 = 13,2%
19	Trebel	216 = 30,8	151 = 27,8%
20	Prezelle	44 = 12,6%	36 = 11,8%
21	Gorleben	76 = 21,3%	59 = 18,8%
22	Höhbeck	166 = 35,6%	106 = 25,9%
23	Gartow	115 = 16,6%	82 = 13,8%
24	Schnackenburg	84 = 17,2%	47 = 10,8%

DIE ERKÄMPFTE BÜRGERVERSAMMLUNG ODER DIE GEWÄHRTE KREISTAGSSITZUNG

Hitzacker. Mit dem Widerstand vieler Bürger in diesem Kreis gegen die Gorlebener Atompläne wurde am Freitagabend im Kurhaus in Hitzacker der Kreisausschuß des Kreistages konfrontiert. Im brechend vollen Saal mußten sich die Kreistagsabgeordneten von Pastoren, Ärzten, Landwirten, Müttern und engagierten Umweltschützern und NEZ-Gegnern sagen lassen, daß sie endlich Stellung beziehen sollen zum Problem Gorleben, daß sie in dieser Frage ihre Wähler nicht allein lassen dürften. Zum ersten Male in der Geschichte dieses Landkreises — zumindest seit Einführung der demokratischen Selbstverwaltung — kam es zu einem derart spektakulären Abend, bei dem Bürger in friedlicher, aber energischer Manier die politischen Mandatsträger „ans Portepee faßten".

Spektakulär war dieser Abend auch deshalb, weil nicht Politiker, sondern Bürger diese Versammlung initiiert hatten, spektakulär auch deshalb, weil der Kreisausschuß nach anfänglichem Widerwillen und einer dann erfolgten umstrittenen Einladungsform der Forderung nach einer Bürgerversammlung nachkam.

Nun, am Freitagabend blieb keiner draußen vor der Tür des Kurhauses in Hitzacker, denn die Menge verschaffte sich mit Nachdruck Einlaß, und die blauen, nicht übertragbaren, mit dem Kreiswappen geschmückten Karten zur „Anhörung durch den Kreisausschuß des Landkreises Lüchow-Dannenberg zum geplanten NEZ" erwiesen sich als unnötiger Verwaltungsaufwand. Das Publikum räumte die sperriger Tische beiseite, schaffte so mehr Platz als manchem lieb war und setzte sich zum Teil auf den Fußboden. Trotz der Überfülltheit blieb die Zusammenkunft relativ diszipliniert, so daß selbst der Landtagsabgeordnete Grill, der an diesem Abend am stärksten gebeutelt wurde, am Schluß ehrlich bekannte, er habe zunächst nicht an einen so friedlichen Verlauf dieser Versammlung geglaubt.

EJZ v. 15.5.79

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Bauern fordern eindeutige Stellungnahme der CDU zum NEZ Gorleben

Haben sich die verantwortlichen CDU-Politiker des Kreises Luchow-Dannenberg in Sachen NEZ Gorleben selber einen Maulkorb aufgesetzt? Wenn ja, dann ganz bestimmt gegen den Willen vieler ihrer Wähler. Und das darf nicht sein und wurde sich mit Sicherheit eines Tages bitter rächen! Jedenfalls fühlen wir „Gorleben-Trecker" und andere, die wir doch zu einem großen Teil Anhänger der CDU sind, uns von ihr im Stich gelassen. Es kann uns niemand verübeln, wenn wir uns nun diesbezüglich im Interesse der Sache in der Presse äußern, nachdem etliche Privatgespräche mit maßgeblichen Politikern unseres Kreises ohne jeglichen Erfolg blieben.

Parteien, Verbände und Organisationen haben inzwischen eine klare Aussage zum NEZ Gorleben gegeben. Nur unsere hiesige CDU, die in ganz besonderem Maße verantwortlich ist und nach ihren Aussagen auch sein will, bekennt sich zu keiner klaren Aussage, zu keinem eindeutigen „Ja" oder „Nein". Sie redet immer nur um die Sache herum und scheut die geforderte klare Stellungnahme immer wieder hinaus.

So beschließt der Kreisausschuß am 19.4.1979 unter anderem:

Der Kreisausschuß stellt erneut fest, daß die politische Führung des Landkreises sehr großes Verständnis für die Sorgen der hiesigen Bevölkerung, insbesondere der Landwirte, hat.

Eine Stellungnahme des Kreisausschusses und des Kreistages kann naturgemäß erst dann abgegeben werden, wenn das Gorleben-Hearing in Hannover ausgewertet ist."

Die Gorleben-Kommission wird in einer 2tägigen Klausurtagung die Auswertung der Unterlagen des Gorleben-Hearings durchführen."

So kommen wir aber nicht weiter! Die Mitglieder der Gorleben-Kommission und die politisch Verantwortlichen der CDU hatten doch immer wieder Möglichkeiten, sich zu informieren. Jeder interessierte Bürger unseres Landkreises weiß doch schon lange, wie die Sachlage ist, gleich ob mit oder ohne Hearing. Nur unsere verantwortlichen Herren von der CDU wollen immer noch nicht erkannt haben, woran sie sind, zumal nun aber wirklich allergrößte Eile geboten ist. Unser Landesvater, Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht, will sich bekanntlich bereits am 16. Mai entscheiden. Wir „Gorleben-Trecker" und viele andere Kreisbewohner wollen endlich wissen, wie sich die Parteien und die einzelnen Abgeordneten in den Parteien zu dem problematischsten Projekt unserer Zeit, dem NEZ Gorleben, stellen. Die Herrn gewählten Abgeordneten der CDU müssen doch wohl selber einsehen, daß sie sich mit der Bemerkung „Wir vertrauen auf das Wort des Herrn Dr. Albrecht" nicht aus ihrer eigenen Verantwortung den Bürgern des Kreises gegenüber herausstehlen können. Daß wir in gewisser Weise auf das Wort von Dr. Albrecht vertrauen sollten, ist auch unsere Meinung, zumal er gesagt hat, daß er diese Anlage **nicht gegen den Willen der Bevölkerung** des Landkreises Luchow-Dannenberg genehmigen wird. Wie soll er den Willen der Bevölkerung aber kennenlernen, wenn wir ihm das nicht klar und deutlich sagen und in diesem Falle die starkste Partei des Kreises, die CDU, endlich auch klar und unmißverständlich „Nein" zu Gorleben sagt. Herr Dr. Albrecht würde bestimmt froh darüber sein, wenn wir ihm auf diese Weise eine Entscheidung erleichtern helfen.

Nun hat vor einigen Tagen der CDU-Bundestagsabgeordnete Schroder entgegen seinen früheren Aussagen und offensichtlich entgegen seiner früheren Überzeugung ein deutliches Nein zu Gorleben gesagt. Warum können nicht jetzt auch endlich unsere Kreispolitiker der CDU sich diesem Nein anschließen? Oder war die Aussage von Herrn Schroder wieder nur politische Taktik im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl, die 1980 kommt?

Durch das Verhalten der hiesigen CDU-Politiker sind inzwischen viele treue CDU-Mitglieder und -Anhänger in höchstem Maße verunsichert. Immer wieder stellt man fest, daß einzelne CDU-Mitglieder nicht den Mut aufbringen, klar und unmißverständlich ihre Meinung zu Gorleben zu sagen. Sie können es [illegible] bei der widersprüchlichen Haltung der CDU und ihrer Führungsgremien nicht. Es bleibt dann die lapidare Feststellung: „Albrecht wird es schon machen." Albrecht kann ohne seine Basis doch wohl keine den Interessen der Bevölkerung dieses Kreises gerecht werdende Entscheidung treffen?

Wir möchten die verantwortlichen CDU-Politiker dieses Kreises sehr dringend bitten, unsere Zeilen nochmals verantwortungsbewußt zu prüfen und ihr Verhalten zu revidieren. Sie mögen bitte nicht versuchen, unsere Aussagen irgendwie abzuwürgen oder zu zerstreuen. Dafür ist die Sache zu ernst und zu eilig. Wir erwarten eine unmißverständliche und klare Stellungnahme zu Gorleben. Sollte sie ausbleiben, wird der Wähler bei den nächsten Wahlen der bis jetzt noch stärksten Partei dieses Kreises seine Quittung erteilen.

Joachim Schulz, Reitze
Heinrich Sasse, Leisten
Theo Algermissen, Hohenvolkfien
Heinz Kulow, Zargleben
Heini Seißelberg, Blutlingen
und folgende Mitglieder des Kreisverbandes Lüchow-Dannenberg
Gerhard Wiegreffe, Diahren
Fritz von Blottnitz, Grabow
Hilbert Hintze, Dünsche
Bruno Kruskop, Tolstefanz
Hermann Schulz, Schreyahn
Helmut Dernehl, Schlanze
Günther Kantelberg, Pannecke
Walter Becker, Güstritz
Hermann Lüdecke, Breselenz
Adolf Marquardt, Predohlsau
Ernst Kunlitz, Sauße
Adolf Hinrichs, Liepe
Herbert Hobermann, Bosen
Hermann Schulze, Platenlaase
Erhard Martens, Gedelitz
Hermann Jacobs, Reitze
Friedrich Wölper, Hohenvolkfien
Heinz Hermann Gruhm, Diahren
Horst Hermann Jeberien, Groß-Breese
Hermann Möller, Gistenbeck
Wilhelm Lehmberg, Breselenz
Helni Martens, Göttien
Hans-Joachim Schulz, Teplingen
Reinhard Hoppe, Tobringen
Siegfried Wiegreffe, Lanze
Oswald Barge, Mehlflen
Heinz Muchow, Vietze
Wilhelm Siebel, Quartzau
Alfred Krieger, Pannecke
Karl Heinz Scheidel, Seedorf
Hans Hermann Richbuck, Nemitz
Adolf Pollehn, Bischof
Friedhelm Gehrke, Teichlosen
Karl-Heinz Schafke, Tobringen
Gerhard Pölle, Dangenstorf
Friedrich Schulz, Zeetze
Walter Jacobs, Dünsche
Emil Kaiser, Gedelitz
Adolf Peters, Platenlaase
Ernst Schulz, Predohlsau
Wilfried Jirjahlke, Pannecke
Adolf Wiegreffe, Groß-Breese
Helmut Harre, Granstedt
Wilhelm Hovermann, Breese im Bruche
Karl Ponath, Blutlingen

3.5.79.

Lektion in Demokratie

Ich möchte mich bei unseren Abgeordneten recht herzlich bedanken, daß mir nun endlich klargeworden ist, was in unserem Lande unter „Demokratie" zu verstehen ist. Mein Elternhaus stand während des „tausendjährigen Reiches" in krasser Opposition zum Hitlerregime, und so wurde ich gewissermaßen mit der Sehnsucht nach Demokratie und freien Wahlen gefüttert (die Muttermilch hatte ich schon hinter mir). Als 1949 unser Staat gegründet und das Grundgesetz erlassen wurde, war ich glücklich und glaubte, nun sei die Welt in Ordnung.

Brav studierte ich vor jeder Wahl die Programme der Parteien und machte am Wahltag mein Kreuzchen. Manchmal hatte ich das Pech, daß die anderen gewannen, aber so ist das nun mal in der Demokratie. Die Mehrheit siegt, so war ich zufrieden. Gelegentlich wurden auch von „meiner" Partei Beschlüsse gefaßt, die mir nicht gefielen, aber so ist das nun mal. So ging es durch viele Jahre, und ich war noch immer glücklich mit der Demokratie und der Freiheit in unserem Land. Dann kam Gorleben, und ich war dagegen. Zuerst aus Prinzip wegen der Landschaft und überhaupt. Aber ich war überzeugt, die Leute, die ich gewählt hatte, in der Gemeinde und im Kreis jedenfalls, müßten das auch so halten. Im Anfang schien es auch so, aber dann? Man hörte nur Schweigen. Statt dessen formierte sich der Widerstand unter der Bevölkerung. Sollten sich so viele Leute irren? Ich begann zu lesen, mich zu informieren. Je mehr ich begriff, um so begriffsstutziger schienen „die da oben" zu werden. Darum glaubte ich, man müsse es ihnen zeigen und schloß mich dem Widerstand an. 120 Trecker in Gartow wurden von unseren Politikern gar nicht bemerkt. 5 000 Leute in Lüchow machten auf die Herren überhaupt keinen Eindruck. 100 000 in Hannover entlockten ihnen nur ein müdes Lächeln.

Was muß denn noch geschehen, damit sie aufwachen? Also zogen wir in „unser" Kreishaus, um sie zu wecken. Zweimal wollte uns der von uns bezahlte Herr Poggendorf hinauswerfen, das nächstemal standen wir vor verschlossenen Türen. Aber getrost, nicht wir hatten uns blamiert. Dabei wollten wir nicht mehr und nicht weniger, als unsere Abgeordneten fragen, wie sie unser Mandat zu verwalten gedenken. Denn diesmal haben wir die Mehrheit, und die Mehrheit siegt.

Nun haben sich die Herren Abgeordneten entschlossen, eine Versammlung einzuberufen. Aber nicht sie wollen uns erzählen, was sie wollen, das geht uns gar nichts an. Sie wollen uns anhören, damit sie aber nicht zuviel zu hören kriegen, werden die Teilnehmer von ihnen bestimmt. Und damit weiß ich nun endlich, was Demokratie ist.

Ich weiß jetzt, daß jedesmal, wenn mein Zettel mit dem X in den Schlund der Urne (welch ein bezeichnendes Wort) fällt, ich mich damit jeglicher Rechte entledigt habe. Der Abgeordnete denkt und entscheidet jetzt für mich und all seine Wähler. Jedoch keineswegs ist er diesen Wählern verantwortlich, o nein, sobald sie ihre Bürgerpflicht getan haben, haben sie kein Recht mehr, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen. Nicht einmal, wenn es ihnen an den Kragen geht. Zum Teufel mit dem Grundrecht auf Unversehrtheit von Leib und Leben. Alles in den Schlitz gefallen zur freien Verfügung der von uns gewählten Parteien. Danke für die Lektion, es hat lange gedauert, jetzt hab ich begriffen: „Erst wenn man sich bewegt, spürt man die Fesseln."

Lieselotte Wollny, Vietze Nr. 52 EJZ. 9.5.79

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

WARUM TIEFBOHRUNGEN?

Nach der Albrecht-Entscheidung stellt sich in verstärktem Maß die Frage nach dem eigentlichen Sinn der Tiefbohrungen:
Schon seit dem Grimmel-Gutachten vom November 78 ist allgemein bekannt, daß gerade dieser Salzstock aus geologischen Gründen denkbar ungeeignet ist.
Erste Ergebnisse der jetzt laufenden hydrogeologischen Bohrungen, die der Untersuchung des Grundwasserspiegels dienen, sind gerade bekannt geworden:

Erste Ergebnisse der Probebohrungen

Boden für WAA ungeeignet

Eine brisante Neuigkeit, durch die Albrechts Entscheidung in ganz anderem Licht erscheint, hatte die Bürgerinitiative Lüchow Dannenberg schon am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Hannover öffentlich gemacht. Nach ersten Auswertungen der Bohrungen, die zur Zeit an der TU in Braunschweig vorgenommen werden und von denen die Bürgerinitiative auf unbekannten Umwegen Kenntnis genommen hat, befindet sich über dem Gorlebener Salzstock eine 60 bis 70 m dicke Torfschicht, die die meterdicken Betonfundamente der Wiederaufbereitungsanlage nie tragen könnte.

Zusätzlich dürfte der für die Endlagerung vorgesehene Salzstock dank der Torfschicht bei den vorgesehenen Tiefbohrungen durch Nachsickern neuen Kontakt mit dem Grundwasser bekommen und so seine Eigenschaften für die Atommüllendlagerung verlieren.

Es war von kritischen Wissenschaftlern, wie dem Hamburger Geologen Prof. Grimmel ohnehin schon langer erklärt worden, daß der Salzstock Gorleben-Rambow unter dem Arendsee, dem Hobeck und mehreren anderen Stellen Grundwasserkontakt hat. Damit wäre, so Martin Monbaur von der Bürgerinitiative, nicht nur die Wiederaufbereitungsanlage, sondern auch die Endlagerung in Gorleben technisch gestorben. Im Grunde müßten jetzt neue Standorte gesucht werden, doch davor haben die Befürworter Angst. Die Begründung lieferte der CDU-Landtags-Abgeordnete Grill am 11. Mai auf einer Bürgerversammlung in Hitzacker: "Damit würde die Unruhe, die schon jetzt im Landkreis Lüchow-Dannenberg herrscht, sich auch noch an anderen möglichen Standorten ausbreiten."

TAZ vom 17.5.79

„Versuchs"-WAA in Gorleben??

Trotzdem laufen die Vorbereitungen für das Tiefbohrprogramm unvermindert weiter, am Standort Gorleben wird unverändert festgehalten, und statt einer Plutoniumfabrik im großen Maßstab plant man -vorläufig-eben nur eine "Versuchs"-WAA!
(Aus dem Rundblick vom 14.6.79)

Bisher ist noch offen, wann das Land die Tiefbohrungen in den Gorlebener Salzstock hinein zulassen will, die Albrecht ausdrücklich bejaht hatte. Neuerdings ist davon die Rede, daß diese Salzstockbohrungen erst im Winter stattfinden sollten. Gegenwärtig gibt es außer den Baugrundbohrungen durch die DWK Tiefbohrungen durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, die hydrogeologischen Zwecken dienen, nicht aber in den Salzstock eindringen. Zu klären ist auch, wo der Standort der von Albrecht angeregten Langzeitzwischenlager sein sollte. Niedersachsen will ein solches Lager bei sich aufnehmen. Ferner ist offen, was alles durch die Erklärung Albrechts abgedeckt sein könnte, die das Vorantreiben der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur sicheren Endlagerung radioaktiven Abfalls bejaht hatte. Möglicherweise könnte damit auch eine kleinere Wiederaufarbeitungsanlage gemeint sein, die zu Forschungszwecken Wiederaufarbeitung vornimmt. Die DWK scheint sich auf solch ein kleines Versuchsprojekt gedanklich einzurichten.

Im übrigen steht das Land auf dem Standpunkt, daß ungeachtet der Gorleben-Entscheidung die finanziellen Vereinbarungen mit dem Bund weiterlaufen, die im Zusammenhang mit Gorleben Bundeszahlungen von je 50 Mio DM jährlich zunächst für vier Jahre vorsehen. Die Rechtsgrundlage für diese Zahlungen würde der Vereinbarung zufolge nur dann entfallen, wenn sich der Standort Gorleben als ungeeignet erweisen sollte; das hat er nicht. Die ersten 50 Bundes-Millionen sind bereits im Lande. Sie sollen u.a. zur Aufstellung einer neuen Abteilung der Bereitschaftspolizei verwendet werden, die im Raum Lüneburg vorgesehen ist. Offen ist, was mit dem DWK-Geld an den Bund wird, an dem das Land einer Zusatzvereinbarung mit dem Bund zufolge jährlich mit 4,5 Mio DM partizipieren sollte. Wahrscheinlich wird es hier zu einer Streckung kommen.

Eine wirklich gesicherte Weichenstellung in der Frage der Kernenergie dürfte der Bund erst nach dem Dezember vornehmen. In diesem Monat ist der SPD-Bundesparteitag, auf dem sich zeigen wird, ob sich der Bundeskanzler mit seiner Kernenergie-Linie durchsetzen wird. Sein Verbündeter ist die jüngste Entwicklung auf dem Ölmarkt.

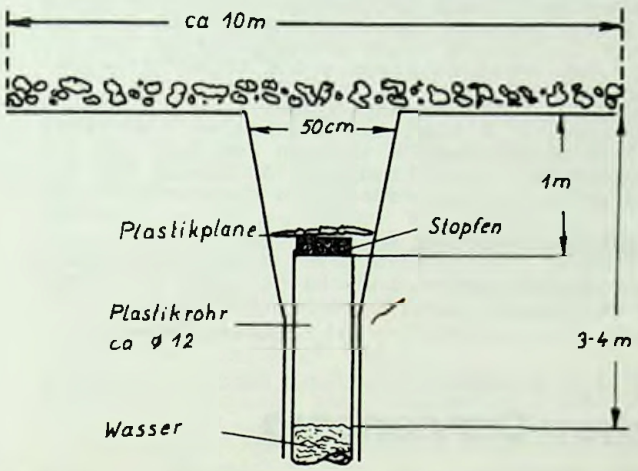
(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Ein Bohrloch verstopft

BOHRLÖCHER IN GORLEBEN VERSTOPFT

Notizen vom Autonomentreffen in Trebel

Am 19./20. Mai trafen sich in Trebel mehrere autonome Anti-AKW-Gruppen, um über ihre bisherige und weitere Arbeit zu sprechen. Während diesen beiden Tagen haben AKW-Gegner mehrere der Flachbohrungen auf dem DWK-Gelände aufgespürt. Sie gingen den LKW-Spuren nach – soweit die Bohrstellen nicht schon bekannt waren. Mensch erkennt die Bohrstellen an dem locker aufgestreuten gelben Kies, ca. 5x10 qm. Mit Spaten wurden die tiefergehenden weichen Stellen aufgespürt. In ca. 1 Meter Tiefe stießen sie auf blaue Plastikrohre von ca. 12 cm Durchmesser, die in die Bohrlöcher eingelassen waren. Die Rohre waren mit Holzstopfen und Plastikplanen gegen nachfallenden Sand gesichert. Das Loch „Berta" – eins der beiden ersten Bohrlöcher in der Nähe des Rondeels – wurde mit



Wascheleine und Draht ausgelotet: es war ca. 60 m tief. In ca. 3 m Tiefe stand das Grundwasser. Es kann sein, daß an einer Bohrstelle mehr als ein Loch ist. Die AKW-Gegner füllten die Löcher mit Schrott, Holzstangen, Eisenstangen von Verkehrsschildern, Steinen und Kies, brachen die Rohroberkanten auseinander und schütteten alles wieder zu.

Bei Loch Berta gelang das nicht mehr, da plötzlich ein Bundesgrenzschutz-Bus mit 3 Männern die Leute überraschte. In ziemlicher Panik flohen alle in den Wald, sammelten sich und zogen dann ab. Nächstes Mal werden sie Wachen aufstellen. Niemand wurde erwischt, aber einige Spaten gingen verloren. Die Aktionen dauerten zwischen einer und vier Stunden (mit der Flucht).

Die sorgfältig verschlossenen Bohrlöcher sind wahrscheinlich für länger dauernde Pegelmessungen während der geplanten Absenkung des Grundwasserspiegels vorgesehen. Außerdem sollen von den Löchern z.B. mit elektrischen Sonden die Leitfähigkeit des Bodens untersucht werden, um Aufschluß über Grundwasserströme und Bodenbeschaffenheit zu erhalten.

Mit solchen kleinen Aktionen wird den Erbauern und Betreibern von Atomanlagen ihre Untersuchungsarbeit erschwert. Wir halten solche und ähnliche Aktionen für nötig und ermuntern andere, dasselbe zu tun.

P.S.: Eine Gruppe sah sich gezwungen, weiße Markierungen für Landvermessungen zu entfernen, da sie (die Markierungen) das Landschaftsbild entscheidend beeinträchtigten. Wir wollen keine Atomanlagen und keine Strafverfahren gegen diejenigen, die sie verhindern. Insbesondere wollen wir, daß Eso und Karl in Holland politisches Asyl erhalten, daß die Schadensersatzforderungen gegen AKW-Gegner zurückgenommen werden, daß die Urteile und Strafverfahren gegen AKW-Gegner annulliert werden, daß die Bohrarbeiten in Gorleben eingestellt und die Bohrlöcher wieder zerstört werden. BASTA.

Autonome AKW-Gegner, z.Zt. der Aktionen in Trebel – jetzt überall.

Distanzierung in d. EJZ

Gorleben. Mit Sabotageakten versucht eine Gruppe von Kernkraftgegnern, sie nennt sich „Autonome AKW-Gegner", die Bohrprogramme der DWK (Baugrunduntersuchungen) und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (Hydrologische Bohrungen) zu stören.

Nach Auskunft des Polizeisprechers der Bezirksregierung Lüneburg ist es den AKW-Gegnern gelungen, die Bohrstelle „Berthold" der PTB mit Schrott und Sand zuzuschütten und sie für einige Zeit unbrauchbar zu machen. Versuche, auch andere Bohrstellen zu demolieren, schlugen fehl, weil Polizei und Bundesgrenzschutz rechtzeitig zur Stelle waren. Aufgrund dieser Aktionen wurde im Gebiet der Bohrstellen der Überwachungseinsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz verstärkt. Von der Bezirksregierung wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß vornehmlich die hydrologischen Bohrungen als Nebeneffekt dem Brandschutz dienen, da sie neue Löschwasserquellen erschließen. Gegenüber der EJZ erklärte gestern Marianne Fritzen, Vorsitzende der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg Umweltschutz, daß sich die BI ausdrücklich von den Aktionen der „Autonomen AKW-Gegner" distanziert.

EJZ, 30.5.79

Antwort

An die Bürgerinitiative Lüchow Dannenberg

Am 20.5.76 wurden parallel zu einem Treffen autonomer AKW-Gegner in Trebel mehrere Bohrlöcher unbrauchbar gemacht. Dies war eine dem Ablauf nach gewaltfreie Sabotageaktion, welche die DWK empfindlich behindert, ihr Bohrprogramm reibungslos durchzuführen. Die Aktion wurde durch eine Erklärung öffentlich und für alle nachvollziehbar gemacht. Trotzdem gab es gleich darauf eine Distanzierung, die Frau Fritzen im Namen der BI Lüchow Dannenberg öffentlich der Presse gegenüber zu der Aktion vornahm. Dies ist ein weiteres Beispiel an einer Kette von Disziplinierungsversuchen, mit denen selbsternannte Sprecher aus der BI LüD gegen AKW-Gegner sich stellen, die auch andere Vorstellungen hinsichtlich der Widerstandsformen gegen das mörderische Atomprogramm entwickeln. Wir fordern die BI Lüchow Dannenberg auf, die Distanzierung öffentlich zurückzunehmen und zu regeln, daß Stellungnahmen einzelner nicht als offizielles Ergebnis der Meinungsbildung innerhalb der BI's hingestellt werden können.

Wir können es nicht hinnehmen, daß die Kriminalisierung von AKW-Gegnern von Leuten aus den eigenen Reihen erleichtert wird.

Unser Widerstand muß parallel auf vielen Ebenen und in allen sinnvollen Formen entwickelt werden.

Dieser Brief gibt sinngemäß die Diskussion auf dem Hamburger Plenum autonomer Gruppen wieder.

TAZ

Diese Kontroverse wurde gründlich und mit Schlußfolgerungen weitergeführt während des Trebelner Arbeitstreffens zur Verhinderung der Tiefbohrungen.
(S. Seite 19)

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen

am 5./6. Mai in Göttingen

Sommerlager in Gorleben und anderswo
Ein oder mehrere Sommerlager werden auch in diesem Jahr in Gorleben und an anderen Standorten eingerichtet. Neben der Organisierung von Erntehilfen und ähnlichen Dingen sollten auch praktische Aktionen gegen evtl. zu diesem Zeitpunkt noch oder schon wieder stattfindende Bohrungen diskutiert und durchgeführt werden. Auch der Aufbau eines Anti-Atomdorfes sollte beraten werden. Für alle diese Aktionen sollte jedoch der Grundsatz gelten, sie im Einverständnis und mit der Unterstützung der örtlichen AKW-Gegner, den Ortlichen BIś und der Landwirte durchzuführen.
(Mit großer Mehrheit angenommen)

Aktionen zum Beginn der Tiefbohrungen in Gorleben
Für den Sommer/Herbst hat Albrecht den Beginn der Tiefbohrungen angekündigt. Diese Tiefbohrungen müssen das Signal für einen breiten, praktischen Widerstand vor Ort und auch an anderen Stellen sein. Die auf der Bundeskonferenz anwesenden Gruppen und Personen erklären ihren Willen alles in ihren Kräften stehende zu tun, um diese Tiefbohrungen als weitere konkrete Baumaßnahme der Wiederaufbereitungsanlage zu verhindern. Dabei müssen die Wiederstandaktionen zu Beginn der Flachbohrungen weiterentwickelt und eskaliert werden. Insbesondere langfristige und mit vielen AKW-Gegnern aus den ganzen Bundesgebiet durchgeführte Blockadeaktionen werden nötig sein. Dem Widerstand der Bauern im Landkreis kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Ein ständiger, solidarischer Diskussionsprozess mit den Bauern, BI und auswärtigen AKW-Gegnern muß gewährleisten, daß es den Politikern nicht gelingt, Zwietracht und Spaltung in den Widerstand gegen die WAA in Gorleben zu säen.
Zu diesem Thema wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, deren Treffen in Trebel im Landkreis Lüchow-Dannenberg stattfinden werden.
(Mit großer Mehrheit angenommen)

Großdemonstration in Bonn
Es wurde beschlossen, im Herbst eine Großdemonstration in Bonn gegen die Schmidt-Regierung und das gesamte Atomprogramm mit den Forderungen nach Stillegung aller Atomkraftwerke und Schluß mit der Kriminalisierung der Atomkraftgegner durchzuführen.
(Mit 3/4 Mehrheit angenommen)
Es wurde gleichzeitig beschlossen, daß, wenn diese Demonstration in Bonn zeitlich mit dem Beginn der Tiefbohrungen kollidiert, die Demonstration in Bonn verschoben wird oder ausfällt.

Großdemonstration in Gorleben
Es wurde beschlossen, drei Wochen nach Beginn der Tiefbohrungen in Gorleben eine Großdemonstration in Gorleben durchzuführen.

(aus dem Protokoll)

Vorschläge der BI Lüchow-Dannenberg

Die Vorstellungen der BI sind auf der letzten Sitzung des erweiterten Vorstands der BI Lüchow-Dannenberg folgendermaßen umrissen worden:

Zum Thema Großdemonstration allgemein: Wir halten nach wie vor daran fest, daß Großdemonstrationen nur ein Mittel des Widerstandes sind. Wir sind selbstbewußt genug zu sagen, daß die politische Entwicklung unserer Region die größte Demonstration ist, die dauerhaft die Atompläne zunichte macht:
- mehr als die Hälfte der im Landkreis lebenden fast 50000 Menschen haben aus Kenntnis der Gefahren der Atomanlagen und der bei ihrem Bau unumgänglichen Strukturveränderungen ihr vollständiges "NEIN" dazu schriftlich gegeben;
- der gesamte Landkreis ist in Bewegung, ist "eine einzige Volkshochschule", wie es ein auswärtiger Besucher nannte;
- Formen der unmittelbaren Demokratie werden im Umgang mit den eigenen Gemeindepolitikern praktiziert, man läßt sich nicht mehr verwalten;
- die ersten Ansätze der Selbsthilfe werden unternommen: noch in dieser Woche fahren ca. 40 Bauern und BIler für drei Tage nach Süddeutschland, um ihre Kenntnisse über Biotechnologie und alternative Landwirtschaftstechnik zu vertiefen.

Vor dem Hintergrund dieser wichtigen Entwicklung der letzten Monate im Landkreis sind uns sehr schnell Gedanken über "Schmidt wir kommen", die zwar wohl nach Hannover auch einige Leute bewegten, wieder verflogen. Wir waren erstaunter waren wir, daß in Bonn die zentrale Bonn-Demonstration propagiert und mit Mehrheit befürwortet wurde. Wir hatten dieser Stimme enthalten, wir bleiben auch heute dabei. Die Mindermeinung, mit der Bonn-Demonstration zu warten, bis Albrecht Kanzler ist, damit die Transparente nicht wieder neu gemalt werden müssen, wurde als unernsthaft abgetan, zeigt aber doch im Kern das Problem für uns, daß eine Mobilisierung von Gorleben aus zu viele Kräfte für wichtigere Arbeiten unserer Region binden würde.

Die in Göttingen mehrheitlich beschlossene(n) Großdemonstration(en) in Gorleben, a) bei zeitlichem Zusammenfall der Bonn-Demonstration mit den Tiefbohrungen, (und) b) 3Wochen nach Beginn der Tiefbohrungen wurde(n) als zu schablonenhafte, fatasielose Antwort auf die Aktivitäten der Betreiberseite abgetan. Wir werden so nicht dazu aufrufen. Wir haben mit dem mehrtägigen Treck gezeigt, daß sehr wohl andere Formen der Großveranstaltungen gewichtig sein können. In unserem mündlichen Antrag in Göttingen zu diesem Punkt war auch von Spontanität und Aktionsschnelligkeit, die unsere Stärke ausmachen" die Rede; das soll auch so bleiben, daran sollte sich die Diskussion über die Form einer solchen Veranstaltung orientieren und nicht jetzt schon festgeschrieben werden.

Nach grünlichem Textstudium der Regierungserklärung Albrechts sehen wir die Verknüpfung "Tiefbohrungen verhindern - Atomprogramm verhindern" nicht mehr so eindeutig. Denn Albrecht hat zwei wichtige Aussagen zur Fortführung des Atomprogramms gemacht:
1. Für die technische Seite fordert er die Abänderung des Entsorgungskonzepts durch den Bau inhärend sicherer, luftgekühlter Zwischenlager als hinreichende Entsorgungsvorsorge zum Weiterbau der AKW's. Hiermit bekommen also die Standorte, wo sie gebaut werden sollen einen entscheidenden Stellenwert -auch Gorleben, wenn es für ein solches Lager (am 6. Juli?!) mitbenannt wird. Hier gilt es also dezentral Widerstandsregionen aufzubauen, will man das Atomprogramm stoppen.
2. Für die politische Seite fordert er a) allgemein eine positive energiepolitische Entscheidung über den Bau der Schnellen Brüter als Voraussetzung für die chemische Wiederaufbereitung und Plutoniumgewinnung und b) speziell für die Region Gorleben eine "Beruhigung", denn gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit der betroffenen Region will er dort nichts durchdrucken.

Für a) wird also Kalkar und die ganze SBR-Technologie zentraler Angelpunkt eines Widerstandskonzeptes gegen die WAA-Pläne und für b) bedeutet das, daß wir unsere Arbeit in unserer Region wie bisher fortführen müssen - bei uns ist also bereits alles so mobil, daß da nichts mehr geht. Gleichzeitig bedeutet das aber auch den Hinweis an andere Regionen, es uns gleichzutun.

Gorleben ist zwar immer noch ein sehr wichtiger Punkt im Konzept der Atombetreiber, der Standort ist nicht gestrichen, aber Gorleben ist z.Z. aus dem Zentrum gerückt und wird erst bei fehlendem Widerstand in Kalkar und den anderen Standorten für die neuen Zwischenlager, also bei Verwirklichung der SBR-Technologie und der neuen „Entsorgungsvorsorge" wieder zur alleinigen zentralen Bedeutung!

So weit die Vorwegstellungnahme von mir zu der Situation bei uns, als Diskussionsbeitrag für Trebel und auch für das Freundeskreistreffen am 23./24.6. in Frankfurt/Main.

Jörg Janning

TAZ, 08.06.79

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

1. Trebeler Tiefbohrungstreffen (9.6.79)

In den Trebeler Bauernstuben versammelten sich ca. 100 Mitglieder von BIs aus Hamburg, Göttingen, Hannover, Osnabrück, Nordrhein-Westfalen, Lüneburg und Lüchow-Dannenberg. Diskussionspunkt Nr. 1: Die Distanzierung der BI-Sprecherin von der vorausgegangenen Bohrlochaktion (S. S. 17)

Dieser Vorfall stieß auf scharfe Kritik, da mit der Distanzierung der Kriminalisierung praktischer Aktionen Vorschub geleistet wird. Desweiteren wurde kritisiert, daß die BI-Vorsitzende ohne genaue Kenntniss des Vorfalls und ohne Rücksprache mit der Bürgerinitiative der Presse gegenüber Stellung genommen hat.
Die Diskussion zeigte, daß es innerhalb der BI Lüchow-Dannenberg sehr unterschiedliche Standpunkte gibt.
Ein Teil der BI hat selbst an der Bohrlochaktion teilgenommen, andere bedauerten, daß sie davon erst nachträglich erfahren haben. Die Mehrzahl der anwesenden BI-Mitglieder unterstützte nachdrücklich die Bohrlochaktion und verurteilte die Distanzierung mit dem Hinweis, daß die BI sich nicht in die Rolle eines Oberschiedsrichters drängen lassen darf.
Andere BI-Mitglieder kritisierten die Distanzierung, warnten aber gleichzeitig davor, die Militanz von außen in den Landkreis zu tragen, da jeweils vor Ort entschieden werden muß, an welcher Frage der Konflikt mit der Staatsgewalt riskiert werden kann.
Die dritte Position (die in Trebel deutlich in der Minderheit war) wandte sich gegen die Bohrlochaktion, da sie von Auswärtigen ausgegangen ist, und die Folgen (verschärfte BGS-Kontrolle) von der einheimischen Bevölkerung getragen werden müssen. Die Region muß ihren Widerstand selbst bestimmen-die Bohrlochaktion wird von der Kreisbevölkerung nicht getragen.
Als Resümeee dieser Diskussion gab Jörg Janning (BI-Sprecher) bekannt, daß zukünftig die BI gegenüber der Presse auch ihr Recht ,keine Stellungnahme abzugeben,gebrauchen wird.(im Fall von Anti-WAA-Aktionen, die die BI nicht öffentlich unterstützen kann)
Falls die Diskussion in den Ortsgruppen der BI Lüchow-Dannenberg ergibt, daß mehrheitlich die Distanzierung abgelehnt wird (2 der 6 Ortsgruppen haben sich bereits in diesem Sinn geäußert), soll die Stellungnahme der BI-Vorsitzenden öffentlich revidiert werden.

Diskussionspunkt Nr.2: Verhinderung der Tiefbohrungen

Als erster Schritt zur Verhinderung der Tiefbohrungen werden 2 Zufahrtswege (von Gorleben und von Trebel aus)befestigt werden müssen- nur dann können sie von den Bohrfahrzeugen (55 t Gewicht!) benutzt werden. Ob es dazu kommt hängt im Normalfall von der Zustimmung der jeweiligen Gemeinde ab.
Hier ist noch alles in der Schwebe- wenn auch der Gorlebener Gemeinderat der DWK insoweit entgegengekommen ist, als er die Genehmigung der Befestigung eines Zufahrtweges von der Bereitschaft der DWK abhängig machte, sämtliche Gorlebener Zufahrtswege zu befestigen.
Im Falle der Ablehnung könnten die Gemeinden auch mit dem Mittel der Zwangsanweisung zu diesem Schritt gezwungen werden. Es wäre allerdings politisch riskant,gegen den Willen der Gemeinden so vorzugehen.
Es wurde vereinbart, bis zum nächsten Treffen bezüglich folgender Fragen genaue Recherchen anzustellen:

a. welche Firma wird mit der Durchführung der Tiefbohrungen beauftragt? (hier sollte direkt Kontakt mit den Beschäftigeten der infrage kommenden Firmen aufgenommen werden)
b. Zeitplanerstellung
c. Materialbeschaffung über die mit den Tiefbohrungen verbundenen technischen Abläufe

Günther + Matthias

Bonn—Demonstration

Bei dem letzten Vorbereitungstreffen zu dieser Demonstration, deren Termin noch nicht feststeht, nahmen 20 Gruppen und einige Einzelpersonen teil, die sich mehrheitlich für die Demo aussprachen. Die Demonstration soll gegen das gesamte Atomenergieprogramm gerichtet sein, die Interessenverpflechtung aller Bundestagsparteien mit der Atomindurstie und deren Ziele aufzeigen.
Hauptforderungen lauten: Stillegung aller Atomanlagen, bis dahin keine Schritte zur Zwischen- oder Endlagerung abgebrannter Brennelemente, keine Kriminalisierung von Atomkraftgegnern.
Alle Anwesenden waren sich einig, daß in der Vorbereitungsphase zu der Demonstration in Bonn eine breite Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden muß. Infolgedessen haben sich neun Gruppen bereit erklärt Flugblätter vorzubereiten, die sich mit inhaltlichen Punkten des Atomprogramms beschäftigen. Nächster Vorbereitungstermin ist der 23./24 Juni in Bonn.

Thema: Besprechung der zentralen Flugblätter, Diskussion eines Aufrufes, evtl. Festlegung eines Termins, wobei der praktische Widerstand gegen die Tiefbohrungen in jedem Falle vorgehen muß. Alle Bürgerinitiaven sind aufgefordert, an ihren Orten und in ihren Regionen weitere Verbände u. Organisationen zur Unterstützung der Bonn-Demonstration anzuregen.

Bemerkt werden muß noch, daß es keine einheitige Unterstützung dieser Demonstration gibt. Die autonomen Gruppen (hauptsächl. Hamburg) mobilisieren nicht für Bonn, weil sie dies für eine Ablenkung vom praktischen Widerstand halten.

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber

Urlaub in Lüchow-Dannenberg!

Dies möchten wir allen Lesern empfehlen! Es lohnt sich nicht nur wegen der einzigartigen Landschaft, den optimalen Radsport- und Schwimmöglichkeiten und der vielfältigen Pflanzen- und Tierwelt.
Gleichwohl könnt ihr den Widerstand der einsässigen Bevölkerung kennenlernen und nach belieben unterstützen. So könnt ihr dazu beitragen, daß der Landkrei zum Feindesland für die Atomindustrie wird.
Auf Privatgrundstücken einzelner Landwirte werden mehrere kleine Sommercamps von Frankfurter, Kölner und Berliner Akw-Gegnern stattfinden(Mitte Juli-August). Diese internen Camps sind leider bereits hoffnungslos überfüllt.
Ein öffentliches Sommercamp, wie es der BDP/BDP die letzten 2 Jahre veranstaltete, wird frühestens wieder 1980 stattfinden. Voraussetzung dafür ist, daß genug Leute die organisatorischen Vorbereitungen mit unterstützen und sich noch in diesem Jahr beim BDP W. Hippe, Strammstr. 92, 5 Köln 30, melden.

In diesem Jahr sollten die zahlreichen anderen Möglichkeiten für einen Urlaub wahrgenommen werden:
Campingplatz am Laascher See, es gibt z.B Wohnungen, die mit gut 5 Personen zu bewohnen sind ab 30 DM pro Nacht. Informationen bei Frau Tank, Informationszentrum Hahnenbergstr. 2, 3136 Gartow Tel: 05846/333 oder 05846/666.
Campingplatz in Gartow am beheizten Waldschwimmbad, Tel:05846/444. Übernachtungsmöglichkeiten für Gruppen:
Jugendherberge Hitzacker, Osterloh 4, 3139 Hitzacker, Tel: 05862/244
Gemeinschaftshaus Elbstr.5, 3131 Schnackenburg, Tel: 05849/225
Jugendfreizeit- und Bildungsstätte, 3131 Wittfeitzen über Lüchow, Tel: 05849/476.
Wir empfehlen das Buch "Zwischen Himmelsziege und Steppenhexe" (Reisetips für die Gegend um Gorleben). Zu bestellen bei: Klaus Pohland, Brahmsallee 28, 2 Hamburg 13, Konto Deutsche Bank Nr. 3673399 BLZ 200 700 00

"Wollen Sie, Herr Bundeskanzler, mir wegen der Wiederaufarbeitungsanlage zumuten, dass ich auf zehntausend schiesse?"

So Albrecht am 15.5.79 im Bonner Nuklearrat.
Derartige "Gedankenspiele" bestätigte er ausdrücklich in einem Spiegel-Interview:

SPIEGEL: Sie haben im Nuklearrat gesagt, Sie wollten nicht in die Lage dessen geraten, der auf Demonstranten schießen lassen muß.

ALBRECHT: Ja, das ist ja offensichtlich alles nach draußen berichtet worden. Der Satz stimmt.

Als militante Atomgegner 1977 der niedersächsischen Polizei auf dem Baugelände für das Kernkraftwerk Grohnde eine blutige Schlacht lieferten, überlegte Albrecht im Hubschrauber über der Kampfstätte, ob nicht — so berichtete der damalige Innenminister Rötger Groß (FDP) später — den bedrängten Polizisten erlaubt werden sollte, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

richtig ist, daß ich begriffen habe, in Grohnde, daß wir kurz vor der Situation waren, wo wir uns entscheiden mußten, entweder die Baustelle aufzugeben oder aber von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Ich hätte die Baustelle aufgegeben, damit das ganz klar ist. Aber ich habe sehr wohl begriffen, wie leicht man in solcher Situation . . .

SPIEGEL: . . . da muß Sie damals Ihr damaliger Begleiter mißverstanden haben.

ALBRECHT: Also, ich werde Herrn Groß danach fragen. Ich bin ziemlich sicher, daß das so nicht stimmt. Ich weiß von mir selber, daß derlei niemals in Frage kommen würde. Nein, was ich immer gesagt habe, ist, daß wir kurz vor dieser Entscheidung gestanden haben.

SPIEGEL 23/79

(c) Gorleben Archiv e.V www.gorleben-archiv.de Alle Rechte beim Urheber